

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 5 M. monatlich. Einzelne Nr. 30 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295, Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungs-
teile 2 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 4 M.,
unter Eingangslo 5 M. — Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Beitragende Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Rechnungsblätter der Verwaltung der Staatsschulden und der Landesfiskalrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabschluss
der Landes-Brandversicherungskasse, Verkaufsliste von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.
Beauftragt mit der Oberleitung (und prägesetzlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 4

Freitag, 7. Januar

1921

Stürmische Sitzung im Landtage.

Dresden, 6. Januar. Der Landtag nahm heute seine Tätigkeit wieder auf. Während der Begrüßungsansprache des Präsidenten, in welcher dieser dem sächsischen Volke ein gutes neues Jahr wünschte, kam es zu lebhaften Unterbrechungen seitens der Kommunisten und zu Zwischenrufen von der Tribüne, die im Zusammenhang mit den heutigen Arbeitslosenemonstrationen standen. Infolge deren das Ständehaus polizeilich abgesperrt war. Der Abg. Biewert (Komm.) verlangte dringend unter stürmischen Zwischenrufen des Hauses die Zurückziehung der Polizei und stellte den Antrag, den kommunistischen Gewerkschaften-Vertrag, der nach Mitteilung des Präsidenten, erst am Dienstag verhandelt werden solle, auf die heutige Tagesordnung zu setzen. Von kommunistischer Seite wurde hierauf der Antrag gestellt, eine Deputation der Gewerkschaften zu empfangen. Dieser Antrag wurde unter stürmischem Protest der Kommunisten und der Tribünenbesucher von der Kammer abgelehnt, worauf die Kommunisten erklärten, daß sie kein Interesse mehr an den heutigen Verhandlungen hätten, und geschloffen den Saal verlassen, sodaß der Präsident infolge des Tumults die Sitzung unterbrechen mußte.

Zusatzsteuer vom Mindesteinkommen.

(N.) Das Reichsfinanzministerium hat neuerdings angeordnet, daß Beschlüsse durch die Gemeinden, die Zusatzsteuer vom Mindesteinkommen einzuführen, zunächst dem Landesfinanzamt vorgelegen seien. Wenn sie dem zur Ausführung berufenen Finanzamt zugingen, müsse bereits feststehen, daß das Landesfinanzamt von seinem Anspruchsrecht keinen Gebrauch gemacht habe oder machen wolle. Gemeindefinanzämter, in denen erst das nach Ablauf der für Mitteilung an das Finanzamt gesetzten Frist festgestellt werden könne, müßten daher unberücksichtigt bleiben, auch wenn sie selbst dem Finanzamt noch vor Fristablauf zugewandten seien. Die Frist ist für das Rechnungsjahr 1920/21 bis zum 31. Januar 1921 verlängert worden.

Die Ergebnisse der Brüsseler Verhandlungen.

Der „Aole Tag“ berichtet im Vorkausse das Ergebnis der Brüsseler Verhandlungen und stellt dabei folgende Betrachtungen an: Der Augenblick nähert sich, wo die Welt einsehen muß, daß Deutschland über das Geleise hinaus zu weiteren Verbindlichkeiten kaum mehr fähig ist, nicht einmal mehr die maßlos überhöhten Löhne für die fremden Besatzungstruppen und Ausschüsse tragen kann. Als Keynes sein bekanntes Buch vor einem Jahre herausgab, hat dieser verständige Beobachter die Höchstleistung Deutschlands auf 40 Milliarden Goldmark geschätzt und auch dies nur bei jählicher langsame Teilzahlung. Seitdem ist Deutschlands wirtschaftliche Lage, wesentlich durch die Gewaltmaßnahmen des Feindes, sehr viel ungünstiger geworden. Auch jener Engländer würde und heute solche Kraft nicht mehr zurufen. Wenn wir trotzdem bei den kommenden Verhandlungen Zugeständnisse machen sollten, so wird das eintreten, was erst eben bei den Salzabmachungen der Ausgleichs-Verträge eingetreten ist: wir werden in kurzem unser Unvermögen bekennen, und unsere Lage wird die alte sein. Aus tatsächlichen Gründen mag sich der Weg empfehlen, den unsere Vertreter in Brüssel genommen haben; es wird auf diesem Wege vielleicht möglich sein, der Welt ein Bild von den ungeheuren Leistungen zu liefern, die uns der Frieden von Versailles auferlegt hat, und weiter den Nachweis der Unmöglichkeit, seinen Forderungen gerecht zu werden.

Landarbeiterbewegung in Ostpreußen
Königsberg, 6. Januar. In der ostpreussischen Landwirtschaft droht eine neue Arbeiterbewegung in Gang zu kommen. Der Deutsche Arbeiterverband ließ auf den Eltern sämtlicher Töchter Mitteilungen. Daraus sollen die Arbeiterbewegung zu unterstützen bereit sein.

Die Einwohnerwehren.

England gegen die Auflösung.

Paris, 5. Januar. Der Londoner Korrespondent des „Temps“ berichtet, daß die in der Reutersnote ausgedrückten Gedanken tatsächlich die Meinung der politischen Kreise und auch der militärischen Kreise Englands zum Ausdruck bringen. Das englische Ministerium sei der Ansicht, man müsse sich hüten, die deutsche Regierung zu schwächen, die zwischen der doppelten Gefahr einer militärischen und bolschewistischen Revolution hin und her schwankt. Es liege im eigenen Interesse der Alliierten, daß Deutschland genügend stark bleibe, um sich im Innern und nach außen hin gegen den Bolschewismus zu verteidigen. Die englische Regierung neige einer mittleren Lösung zu, die darin besteht, die Vermittlung der deutschen Bürgerwehren zu verlangen, aber nicht ihre Auflösung.

Über die Meinungsverschiedenheit zwischen Frankreich und England meldet der Pariser Korrespondent des „Nieuwe Rotterdamse Courant“: Die Frage der deutschen Entwaffnung tritt in ein akutes Stadium. Englands Haltung rufe in Paris große Erbitterung hervor, obwohl es sich nur um ein Telegramm Reuters handelt. Dieses Telegramm werde die Deutschen in ihrem Proteste gegen die Entlassung bestärken. Man sieht darin einen neuen Beweis von Englands Selbstsucht in seinen Verhältnissen gegen seine Verbündeten und seiner Politik, die von der französischen abweiche. Man denkt dabei an ein Abkommen zwischen London und Berlin, an das englische Handelsabkommen mit Russland, an die englische Forderung, womit man das konstantinische Gebietenland behandelt, und ferner an die Haltung Englands in der Frage der Besetzung des Ruhrgebietes. Um diese Besetzung dreht sich die ganze Politik Frankreichs. Frankreich hält sich finanziell für geschädigt, wenn Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkommen würde, falls das Ruhrgebiet nicht besetzt würde. Es ist deutlich, daß durch eine jegliche Besetzung der finanzielle Zustand Deutschlands noch schwerer werden würde, und damit würde auch die Aussicht auf eine Entschädigung für Frankreich noch geringer werden. Die Ansichten in der Besetzungsfrage sind daher geteilt. Geleitet sind auch die

Meinungen über die russische Gefahr gegen Deutschland. Durch dieses Dilemma ist man in eine Lage geraten, die für das französische Ministerium gefährlich werden könnte.

Einigung zwischen der Reichsregierung und den Eisenbahnern.

Berlin, 5. Januar. Zwischen dem Sechzehnerausschuß der Eisenbahner und dem Vertreter des Reichsverkehrsministeriums kam heute eine Einigung über die Forderungen der Eisenbahnbeamten und -arbeiter zustande. Der Vorsitzende der Verhandlung, Staatssekretär Stieler, erklärte sich bereit, den Einigungsvorschlag dem Reichsverkehrsminister zu Vertretung in der Reichsregierung zu empfehlen.

Ministerwechsel in Frankreich?

Basel, 5. Januar. Das „Echo de Paris“ spricht von bevorstehenden ministeriellen Veränderungen, ohne Namen zu nennen. In parlamentarischen Kreisen hält man eine Umgestaltung des Kabinetts für unbedingt notwendig; in einer Linie einen Wechsel im Finanzministerium. Marschal habe nach dem Gefühl des Parlaments den Berichtsverhandlungen nicht genug geschenkt. Als etwaiger Nachfolger wird Charles Dumont, Generaldirektor der Eisenbahnen, genannt. Auch von Poincaré, dessen Stunde heranzunehmen scheint, ist nach den „Basler Nachrichten“ da und dort die Rede.

Die Zusammenkunft der Ministerpräsidenten der Verbandsmächte.

Paris, 5. Dezember. Wie „Journal des Debats“ meldet, ist die Konferenz der Ministerpräsidenten der Verbandsmächte von englischer Seite nunmehr für den 19. Januar vorgeschlagen worden. Das Blatt glaubt, daß dieser Vorschlag französischerseits angenommen werden wird, daß ihm jedoch noch die italienische und die belgische Regierung zustimmen müßten.

Die Urabstimmung der Eisenbahner.

Berlin, 6. Januar. Im Laufe des heutigen Tages dürften die Ergebnisse über die Urabstimmung der Eisenbahnbeamten festgestellt werden. Zurzeit stehen laut „Vorwärts“ drei Bezirke mit rund 50 000 Stimmen aus, die jedoch an dem Endergebnis kaum etwas ändern werden. Bis gestern abend wurden 143 000 Stimmen gezählt, von denen rund 124 500 für den Streik gestimmt haben. Die Beteiligung an der Abstimmung schwankte zwischen 70 und 98 Proz. Kommunistische Versuche, die auf sofortige Arbeitsniederlegung im Eisenbahnbetriebe hindrängen, hatten keinen Erfolg.

Daß diese Abstimmung zunächst nur prinzipielle, aber noch keine praktische Bedeutung hat, hebt die „Vossische Zeitung“ hervor. Die heute im Reichsministerium begonnenen Sonderverhandlungen mit den Eisenbahnern nehmen, wie der „Berliner Lokalanzeiger“ schreibt, einen günstigen Verlauf und geben Hoffnung auf eine Verständigung. Die Verhandlungen werden freilich geraume Zeit dauern.

Bauernunruhen.

Liebenwerda, 5. Januar. Im Dorfe Hirschfelde verjagte eine aus 100 Personen bestehende Menge, die mit Dreschsegen, Reilen und Jagdgewehren bewaffnet war, die Beamten der Sicherheitspolizei und der Reichsgetreidestelle, die mit der Entreibung von Brotgetreide beauftragt waren. Der Gemeindevorsteher als Hauptanführer wurde sofort von seinem Amte entfernt und gegen alle übrigen Beteiligten ist ein Verfahren wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt eingeleitet worden.

Der Staat Fiume.

Rom, 5. Januar. Aus guter Quelle wird berichtet, daß die definitiven Wahlen in Fiume zur Bildung einer regulären Regierung Mitte Januar stattfinden werden, dann wird der Staat Fiume von allen europäischen Mächten offiziell anerkannt werden. Die italienische Regierung hat beschloffen, der Stadt in jeder Hinsicht und zwar mit großen Mitteln entgegenzukommen, um den wirtschaftlichen Wiederaufbau zu beschleunigen, auch die Möglichkeit einer größeren Anleihe ist jetzt, wo die Lage Fiumes vom italienischen und internationalen Standpunkt geregelt ist, in Aussicht genommen. Sobald die Bedingungen des Waffenstillstandes von Abbazia erfüllt sind und Fiume seine volle Freiheit wieder bekommen hat, werden die italienische und die südslawische Regierung die Ratifizationsurkunden des Vertrages von Rapallo offiziell austauschen. Dann werden nach Artikel 5 des Vertrages drei paritätische Kommissionen gebildet werden, eine für das jugoslawische Venetien, eine für Fiume und eine für Zara.

Der Schiffbruch bei Villa Garcia.

Paris, 5. Januar. Zum Schiffbruch der „Santa Isabel“ bei Villa Garcia wird noch gemeldet, daß sich das Unglück gegen 3 Uhr nachts ereignete und die Passagiere im Schlafe überfallen. Daraus erklärte sich auch, daß die Mehrzahl der Verletzten zur Schiffsmannschaft gehört. Das Schiff wurde auf die Klippen geschleudert und sank sofort, da es vollkommen in zwei Teile gespalten worden war. Es hatte wohl Hilfe rufen abgelehnt, aber anscheinend nicht mehr Zeit gehabt, um seine Lage anzuzeigen. Das Meer hat zahlreiche Leichen an die Küste gespült. Nach den letzten Berichten hatte das Schiff 240 Passagiere und 70 Mann Besatzung an Bord. Die Zahl der bis jetzt Geretteten beträgt 56.

Reichsfinanznot und Hilfe.

Von Prof. Dr. Georg Jahn, Braunschweig.
Im Voranschlag des Reiches für 1920/21 stehen auf der Einnahmeseite und auf der Ausgabe-seite 38 Milliarden Mark. Ob es bei den ordentlichen Ausgaben mit dieser Summe sein Bewenden haben wird, steht dahin; sicher dagegen ist es, daß die Einnahmen nicht entfernt an die eingesehten 38 Milliarden heranzureichen werden. Nach den Mitteilungen, die vor kurzem im „Reichsanzeiger“ gemacht wurden, wird sich bei den direkten Steuern und den Verbrauchssteuern gegenüber dem Einnahmefuß voraussichtlich ein Ausfall von 11 bis 12 Milliarden ergeben. Ebenso bleiben die Zolleinnahmen hinter dem Voranschlag zurück. Nur die Verbrauchssteuern (Kohlensteuer, Tabaksteuer, Weinsteuer usw.) entwickeln sich günstig, da sie als Verbrauchssteuer im Gleichschritt mit der Preissteigerung bei gleichbleibendem Verbrauche einen wachsenden Ertrag abwerfen müssen. Im ganzen rechnet man für das laufende Etatsjahr mit einem Fehlbetrag von mindestens 10 Milliarden Mark.

Neben dem ordentlichen Etat steht der außerordentliche, in dem vor allem die Ausgaben aus der Erfüllung des Friedensvertrages untergebracht sind. Die Höhe der Ausgaben steht hier überhaupt nicht fest und läßt sich kaum schätzen, so lange unsere Verpflichtungen nicht endgültig festgestellt worden sind. Den Hauptposten bildet die Bezahlung der 2 Mill. t Kohle, die wir nach dem Abkommen von Spa monatlich ohne Gegenleistung an Frankreich, Belgien und Italien liefern müssen. Sie kosten dem Reiche annähernd 3 Milliarden Mark im Monat. Dazu kommen die Besatzungskosten, die Entschädigungen der Schiffahrtsgesellschaften, der Unternehmungen in den abgetretenen Gebieten, der Auslandsdeutschen usw. Da laufende Einnahmen nicht vorhanden sind, so müssen sie durch Ausgabe neuer Banknoten gedeckt werden.

So mußte die Menge des umlaufenden Papiergeldes mit unerhöhter Notwendigkeit wachsen. Anfang 1919 betrug der Umlauf an Banknoten und Darlehenslassencheinen reichlich 33 Milliarden Mark, ein Jahr später waren es bereits 49 1/2 Milliarden, und bis Anfang Dezember d. J. war die Summe auf nicht weniger als 76 1/2 Milliarden gestiegen. Am Jahreschluß werden es annähernd 80 Milliarden gewesen sein, und da die Ausgaben in unverminderter Stärke fortlaufen, müssen wir damit rechnen, daß am Schluß des Etatsjahres, also am 1. April 1921, die 100 Milliarden erfüllt sein werden. Wenn die mitgeteilten Schätzungen sich als zutreffend erweisen sollten, so werden wir also das Bild bekommen, daß im Etatjahr 1920/21 von allen ordentlichen und außerordentlichen Ausgaben nur 28 Milliarden durch Steuern, der ganze Rest von 45 bis 50 Milliarden durch neugedrucktes Papiergeld gedeckt worden sind.

Wohin diese Entwicklung führt, steht allen Wissenden mit Klarheit vor Augen. Da die dauernde Geldvermehrung nicht mit einer entsprechenden Steigerung der Gütererzeugung Hand in Hand geht und in dem erforderlichen Umfang gar nicht gehen kann, muß sich im Verhältnis zur Geldausgabe unausgesetzte die Nachfrage vermehren. Wachsende Nachfrage aber bedeutet steigende Preise. Und so kommt die Verschärfung der Preise noch oben überhaupt nicht zum Stillstand und untergräbt damit alle Berechnung und geordnete Wirtschaftsführung in Staat und Gemeinde, Unternehmung und Haushalt. Aus diesem ewigen Krisenzustand der Volkswirtschaft gibt es nur einen Ausweg: Der Staat muß die Arbeit der Notenpresse über den Bedarfsbedarf hinaus einstellen und seine Ausgaben wieder ausschließlich aus dem Ertrage von Steuern und Anleihen decken, da er nur so die Versorgung über wirtschaftlich vorhandene Kaufkraft erhält. Dann erst hört die von der Geldseite kommende Aufblähung der Preise auf und ihre Bildung wird — allerdings auf höherem Gesamtniveau — wieder das Ergebnis des Wechselspiels von Angebot und Nachfrage auf dem Markte.

Die Gesundheit unserer Wirtschaft hängt also durchaus ab von der Gesundung der Reichsfinanzen. Das kann keinem Zweifel unterliegen. Zudem, können wir denn überhaupt noch die ungeheure finanzielle Finanzwirtschaft des Reiches durch Steuern und Anleihen allein wieder einrichten? Die breiten Massen sind allerdings seit der Ein-

Führung des Steuerabzuges an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt, aber es laufen noch Hunderttausende, vielleicht Millionen in Deutschland herum, die im Vergleich zu ihren Einnahmen höchst geringe Steuern zahlen und das Reich um Milliarden und aber Milliarden betragen. Jeder Schieberprozess deckt große Einkommen und Vermögen auf, die der Steuerbehörde unbekannt sind. Der Handel schwimmt in Geld und ebenso verfügt die Landwirtschaft über reiche Mittel. Wenn die Einkommenskommissionen und Finanzämter tatsächlich durchgreifen, lassen sich Riesensummen für das Reich gewinnen, durch die das Loch im ordentlichen Etat sicherlich zu einem erheblichen Teil gefüllt werden kann.

Sodann aber muß unter allen Umständen und so schnell wie möglich die Defizitwirtschaft von Eisenbahn und Post aufhören. Sie ist der Ruin der Reichsfinanzwirtschaft. Nur resolute Tarifpolitik kann hier Ordnung schaffen und das Gleichgewicht von Einnahme und Ausgabe in den wichtigsten Verkehrsanstalten des Reiches wiederherstellen. Gewiß ist jede neue Belastung für das Wirtschaftsleben schwer, aber die indirekte Belastung durch fortschreitende Inflation ist unendlich viel verhängnisvoller, als es die unerträgliche Erhöhung der Tarife jemals sein kann.

Mäßigste Steuererhöhung und Beilegung der Defizitwirtschaft im staatlichen Verkehrswesen vermögen freilich allein die notwendige Hilfe nicht zu bringen. Sie würden wohl zur Balmisierung des ordentlichen Etats genügen und könnten sogar noch einen Überschuß zur Abdeckung schwebender Schulden ergeben, wenn die riesenhaften außerordentlichen Ausgaben aus der Erfüllung des Friedensvertrages nicht wären. Hier kann nur die beschleunigte Eingliederung des Reichsnotopfers, die nun endlich beginnen soll, etwas helfen. Ursprünglich als Mittel zur Verringerung der ungeheuren Reichsschulden und damit auch zur Herabsetzung der Zinslast gedacht, wird der Vertrag des Reichsnotopfers jetzt lediglich dazu dienen, auf einige Zeit die Arbeit der Notenpresse zum Stillstand zu bringen. Denn selbst wenn er, wie manche in allzu optimistischer Weise hoffen, 20 Milliarden ausmachen sollte, so würde damit doch nur der Bedarf etwa des ersten Vierteljahres 1921 gedeckt sein. Dann beginnt das Suchen nach Einnahmequellen von neuem, und es wird nur übrigbleiben, zu dem Mittel der Zwangsanleihe zu greifen, das der Reichsbankpräsident vor kurzem so eindringlich empfohlen hat. Köstige Ausflüchte für unser Wirtschaftsleben sind das wahrhaftig nicht; aber das Wichtigste bleibt nach wie vor die Stilllegung der Notenpresse, ohne die Deutschland immer mehr in züffische Zustände hineingerät und unaufhaltsamem Verfall preisgegeben wird.

Eine Verhandlungsstimme über Deutschlands Zukunft.

Der zweite Band der monumentalen „Geschichte der Friedenskonferenz von Paris“, der vom „Institut für internationale Angelegenheiten“ herausgegeben wird, ist soeben in London erschienen; er beschäftigt sich besonders mit den Friedensbedingungen für Deutschland und der Errichtung des Völkerbundes. Ein Schlüsselkapitel behandelt das neue Deutschland, und der anonyme Verfasser macht hier manche auch für und beachtenswerte Bemerkungen. Das erste Jahr seit der Beendigung der Feindseligkeiten ist zu Ende gegangen“, schreibt er zum Schluß. „Die Ernährungslage ist kritisch, die Arbeiterfrage unbefriedigend, und die allgemeine Lohnsteigerung bringt

keine Lösung des wirtschaftlichen Problems, da die Löhne, obwohl hoch, doch nicht genügen, um das zu kaufen, was zum Leben notwendig ist. Politische Agitation hält von zwei extremen Seiten an, von denen jede die Macht begehrt und nicht zögern würde, im geeigneten Augenblick das Reich zu einer neuen Revolution zu geben. Die Erhöhung des Geldumlaufes hat den Geldwert verschlechtert, und die Einfuhr wird unendlich durch den Stand der Valuta. Ein überwältigendes Steuerprogramm ist zum Gesetz gemacht worden. Die Handelsflotte ist konfisziiert und die Rohmaterialien sind unerschwinglich teuer, selbst wenn die Transportfrage gelöst werden könnte.“

Diese Beurteilung der Lage Deutschlands ein Jahr nach dem Waffenstillstand wird dann auch am Ende des zweiten Jahres für immer noch gültig erklärt. Aber einige Seiten später finden wir einen weiteren Ausblick in die Zukunft. Die große Frage für die nahe und fernere Zukunft hängt völlig von den Entscheidungen der Wiedergutmachungskommission ab. Fallen diese so aus, daß fremde Länder genügend Vertrauen in die Beständigkeit und die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands setzen können, werden die notwendigen Kredite und die unvermeidlichen Zuführungen von Rohmaterial gewährt, dann wird Deutschland trotz der furchtbaren Wirtung der fünfjährigen Blockade, trotz des Chaos der Revolution, trotz der Arbeiterunruhen, der Einführung kürzerer Arbeitsstunden und trotz des betriebserzeugten sich mit einer überraschenden Schnelligkeit erholen und den Kampf um einen Platz unter den industriellen Nationen wieder aufnehmen.“ Als Beweis für die organisatorische Kraft Deutschlands wird das Beispiel der Spandauer Herredwerftstätten angeführt, die im April 1919 42 000 Arbeiter beschäftigten und nur noch 5 Proz. der früheren Erträge lieferten. Nach der Reorganisation wurden die Arbeiter in vier Monaten auf 11 000 herabgesetzt und die Erträge auf die normale Höhe gehoben. „Ähnliche Resultate“, sagt der Verfasser, „wurden auch anderswo erreicht durch die Zusammenarbeit zwischen Unternehmern und Betriebsräten“.

Einspruch gegen belgische Ausweisungen aus Cuxen und Malmédy.

Berlin, 6. Januar. Wie wir erfahren, hat die Reichsregierung bei der belgischen Regierung Einspruch erhoben gegen eine Verordnung des belgischen Oberkommissars für die Kreise Cuxen und Malmédy, wonach die Personen, die sich nach dem 1. August 1914 in den beiden Kreisen niedergelassen haben, binnen einem Monat erklären müssen, ob sie die belgische Staatsangehörigkeit erwerben wollen, und im Falle der Ablehnung ihres Antrags die Kreise bis nach Ablauf eines weiteren Monats zu verlassen haben. In der Proklamation führt die Reichsregierung unter ausdrücklicher Wahrung ihres in der Frage Cuxen und Malmédy eingenommenen Standpunktes aus, daß nach dem Völkerrecht Ausweisungen von Ausländern nur aus besonderen Gründen im Einzelfalle zulässig seien, daß aber kein Staat alle Angehörigen eines anderen Staats lediglich wegen ihrer Staatsangehörigkeit ausweisen dürfe. Ferner wird hervorgehoben, daß der Vertrag von Versailles in keinem Falle den Aufenthalt von Reichsangehörigen in Cuxen und Malmédy verbiete. Die Reichsregierung schlägt

vor, den nach dem 1. August 1914 zugewogenen Personen die gleiche Frist zum Verlassen des Gebietes zu gewähren, wie den Oplanten, d. h. ein Jahr. Eine derartige längere Frist ist nicht nur aus Billigkeitsgründen gerechtfertigt, sondern auch, weil Personen, die durch ihr bloßes Schweigen die Reichsangehörigkeit behalten oder sogar gegen ihren Willen die belgische Staatsangehörigkeit nicht erwerben könnten, mindestens eine ebenso lange Frist haben müssen wie Personen, die sich ausdrücklich gegen den Erwerb der belgischen Staatsangehörigkeit aussprechen.

Wirtschaftlicher Wiederaufbau.

Der Leitartikel der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ vom 6. Januar vertritt im Anschluß an Artikel 165 der Reichsverfassung die Einteilung des Reiches in Wirtschaftsbereiche und die Zusammenfassung der Wirtschaftskräfte innerhalb jedes solchen Bezirkes und empfiehlt, das Bestehende, soweit es noch lebensfähig sei, in irgendeiner Form in den neuen Aufbau einzugliedern. Weiter heißt es in dem Aufsatz: Als die vier hauptsächlichsten Organisationsgruppen sind zu nennen: Behörden der staatlichen wirtschaftlichen Verwaltung, kommunale Selbstverwaltungskörper, amtliche Berufsvertretungen und freie wirtschaftliche Verbände. Die Aufgabe der Zukunft wird es also sein, diese bestehenden Organisationen in die Neuordnung der Wirtschaft einzureihen oder sie darin aufgehen zu lassen. Bei dem Aufbau der Arbeiter- und Wirtschaftsräte werden sie als geschulte, mit der Materie vertraute Organe gute Dienste leisten können, um so mehr, als in ihnen teilweise schon eine Trennung nach Arbeitnehmer- und Arbeitgebergruppen besteht.

Das bayerische Problem.

Berlin, 6. Januar. Im Leitartikel der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 4. Januar heißt es u. a.: Das bayerische Problem, das augenblicklich im Vordergrund des Interesses steht, heißt Einwohnerwehr. Frankreich fordert Entlassung und Auflösung, Bayern hält die Einwohnerwehr heute noch für unentbehrlich, da der Staat allein von sich aus die Sicherheit im Lande nicht gewährleisten könne. Kommt man in Paris nicht zu dieser Erkenntnis, so ist daran die Einwohnerwehr selbst insofern schuld, weil sie sich in bauerhaftem Stolz bei Schenkenschen ein gewichtiges Gewicht gab, als ihr tatsächlich zukommt. Die Hauptschuld an der „militärischen“ Überschätzung der Einwohnerwehr bei unseren ehemaligen Gegnern liegt aber zweifellos in der als Auswirkung der Kriegspolizei zu wertenden Überänglichkeit der Franzosen vor Deutschland. Wesentlich schwieriger ist die Lösung des anderen Problems, das in Bayern im Vordergrund des Interesses stand und steht, der Frage des Föderalismus. In Frankreich hatte man die Lage sehr bald erfaßt, man begann also auch von dort her zu arbeiten. Der Plan wurde bisher nicht aufgegeben, nur änderte man die Latit. Es war und ist jedoch bekannt, daß das bayerische Volk in seiner großen Mehrheit mit einem gesunden Föderalismus sympathisiert.

Kampf zwischen Polizisten und Kommunisten in Flensburg.

Flensburg, 5. Januar. An der gestern nachmittag erfolgten Beerdigung des von der Polizei auf der Flucht erschossenen Kommunistenführers

Doffmann nahmen viele Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen teil. Aus Hamburg und anderen Orten waren viele Kommunisten herbeigekommen. Es wurden ausreißende Reden an die Menge gehalten. Nach Abhaltung zweier kommunistischer Versammlungen zogen etwa 400 Personen vor die Kaserne der Eipo, um dort einzudringen. Die Polizei beteiligte sich zunächst mit Feuerströmen und Schredtschüssen. Als gegen 11 Uhr abend die Menge durch das äußere Tor der Kaserne einbrang, wurde das scharf geschlossen, wobei auf Seiten der Demonstranten es 7 Tote und 22 Verwundete gab. Auf Seiten der Polizei wurde ein Beamter verwundet. Verhaftet wurden 40 Personen, darunter der Führer der Flensburger Kommunisten. Noch in der Nacht verbreiteten die Sozialdemokraten ein Flugblatt, worin sie von den Demonstranten abrieten, Bestrafung der Aufwiegler verlangen und die Arbeiter zur Rückkehr in die Betriebe auffordern. Dieser Aufforderung ist man heute morgen fast restlos nachgekommen. Gegenwärtig herrscht in Flensburg wieder Ruhe.

Erwerbslosenunruhen in Hamburg

Hamburg, 5. Januar. Heute nachmittag versuchten Erwerbslose in Demonstrationszügen nach dem Rathaus vorzudringen, um dort durch eine Abordnung ihre Forderungen vorbringen zu lassen. Sie wurden aber an den Jagungsstraßen durch Postenlinien und Patrouillen der Polizei zurückgehalten und zerstreut. Dabei wurde ein Polizist verprügelt und ihm sein Gewehr entziffen. Ein Oberleutnant trug durch drei Messerstiche in Hals, Brust und Seite schwere Verletzungen davon.

Academie der Arbeit in Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 6. Januar. Die Vorarbeiten für die Gründung einer Akademie der Arbeit sind abgeschlossen. Die endgültige Beschlussfassung über ihren Aufbau und ihre Finanzierung soll am 8. Januar erfolgen.

Veröffentlichung der neuen Strafgesetzentwürfe.

Berlin, 5. Januar. Um der Öffentlichkeit rechtzeitig Gelegenheit zur Stellungnahme zu bieten, beschließt die Regierung, in den nächsten Tagen die neuen Strafgesetzentwürfe zu veröffentlichen.

Erkrankung des Reichstagspräsidenten.

Berlin, 5. Januar. Verschiedene Blätter melden die Erkrankung des Reichstagspräsidenten Löbe an Lungenerkrankung, bezichtigen aber den Zustand des Erkrankten als nicht bedenklich.

Einspruch gegen die Abstimmungsnote der Entente.

Berlin, 5. Januar. Die deutsche Friedensdelegation hat der Boissierkonferenz in Paris heute folgende Note übermittelt, die gleichzeitig der französischen, englischen und italienischen Regierung übergeben worden ist:

Die deutsche Regierung beehrt sich, im Anschluß an ihre an die Boissierkonferenz gerichtete vorläufige Note vom 31. Dezember 1920 Nachstehendes auszusprechen:

Die deutsche Regierung weiß sich nicht mit den alliierten Regierung ein in dem Verlangen, gemäß dem Friedensvertrage eine freie, geheime, unbeeinflusste Abstimmung in Oberbefehligen gewährt zu sehen. Wenn sie vor endgültiger Stellungnahme zu den Vorschlägen der Note vom 30. November v. J. eine mündliche Aussprache anregt, so geschah dies

Wissenschaft und Kunst.

Zur Neuordnung der neueren Abteilung der Gemäldegalerie.

Von Sonntag, den 9. Januar ab ist die neuere Abteilung der Gemäldegalerie dem Besuch wieder geöffnet, nachdem im Laufe der letzten Wochen die Sammlung einer Neuordnung unterzogen und bei dieser Gelegenheit die Feuchtheitschäden, die infolge der Nichtbeheizung der Räume während des letzten Winters entstanden waren, ausgebessert worden sind. Die Neuordnung, veranlaßt durch die Notwendigkeit, die zahlreichen Neuerwerbungen einzufügen, hat sich zum Ziel gesetzt, den gegenwärtigen Bestand der Sammlung, soweit es die beschränkten Räumlichkeiten gestatteten, nach den besonderen Gesichtspunkten zusammenzuschließen, die auf Grund der einschlägigen Traditionen für den weiteren Ausbau der Dresdner Sammlung maßgebend sein müssen. Hr. Oskar Schmitz hat in liebenswürdigster Weise einen großen und wichtigen Teil seiner Privatammlung als Leihgabe zur Verfügung gestellt, die bedeutende Werke von Liebermann, Trübner, Schuch und eine in Deutschland einzige Auswahl von Gemälden eines Meisters wie Delacroix enthält. Von Hrn. Kolthoff Rothermund sind gleichzeitig der Galerie zwei Werke Liebermanns zum Geschenk gemacht worden, die nicht nur zu den Hauptstücken seiner berühmten Sammlung gehört haben, sondern überhaupt unter die bedeutendsten Schöpfungen der neueren deutschen Malerei zu rechnen sind. Er hat außerdem der Galerie das Ganzbild seiner Sammlung, die Rosa-Dame von Manet, bargegeben, die dem Dresdner öffentlichen Kunstbesitz zu erhalten hoffentlich gelingen wird. Hr. Friedrich Lahmann hat dankenswerterweise auch weiterhin seine für die Dresdner Kunstgeschichte wichtige Sammlung von Alt-Dresdener Malerei als Leihgabe beigesteuert. An eigenen Erwerbungen der Galerie sind im Laufe des Jahres u. a. Werke von Corinthe, Vedmann, Bödler, von van Gogh und Debas, von

Kotolska und Hofer hinzugekommen. Eine besondere Bereicherung erfährt die ältere Dresdener Schule durch Bilder von C. D. Friedrich, Carus, Wille, Gurlitt, Pier und vor allem von Ferdinand v. Ruyss, von dem sieben neue Gemälde in die Galerie gelangt sind.

Zu den weiter gesteckten Zielen der modernen Abteilung stehen leider die beschränkten Räumlichkeiten im Widerspruch, denn der Raumbedarf der Gemäldegalerie macht sich immer schwerer fühlbar. Die Neuerwerbungen einer Sammlung müssen selbstverständlich vorgeführt werden. Nur an ihnen läßt sich der Fortschritt im Ausbau einer Sammlung erkennen, andererseits ist die moderne Abteilung auf die 17 Kabinette des Obergeschosses angewiesen, und für jede Neuerwerbung muß, da andere Räume nicht verfügbar sind und der Neubau seit Jahren eingestillt ist, ein Bild des älteren Bestandes vorläufig in Depot verschwinden, wenn die Ausstellungsräume nicht dementsprechend überlastet werden sollen, daß die Kunstwerke nicht mehr zur Geltung kommen. Es ist nur zu hoffen, daß in absehbarer Zeit für die moderne Galerie Raum geschaffen wird, damit auch ein großer Teil des jetzigen Depotbestandes, der vom kunstliebenden Publikum schwer vermisst wird, wieder zur Ausstellung gelangen kann.

Wissenschaft und Technik. Der nach Athen berufene Leipziger Ordinarius der klassischen Archäologie, Prof. Dr. Franz Studniczka, hat die Athener Zweiganstalt des Deutschen Archäologischen Instituts, die 1917 unter dem Juvange der Verbandsgesandten geschlossen werden mußte, nunmehr wieder eröffnen können. Der Gelehrte wird das Institut, da sein bisheriger Leiter Prof. Georg Karo jetzt eine Professur in Halle innehat, während des Winters leiten. Auch Prof. Dr. Friedrich Wilhelm Frhr. Hiller v. Gaerttringen, der Inschriftenforscher der Berliner Akademie der Wissenschaften, der vor dem Kriege für das griechische Inschriftenwerk dort tätig war, hat sich jetzt nach

Athen begeben. Wieweit allerdings eine deutsche Ausgrabungs- und Forschungsstätigkeit in Griechenland möglich sein wird, muß erst die Zukunft lehren. Die von Schlemann durchgeführten Ausgrabungen in Mykene s. B. setzen ja jetzt die Engländer fort.

— Aus Santiago de Chile wird gemeldet: Der Polarforscher Nordenskjöld hat eine neue Forschungsreise nach dem Südpol angetreten.

— Als eine „erstaunliche Leistung“ der Astronomie wird von amerikanischen Gelehrten die Konstruktion eines neuen Apparates für das Messen von Sternen bewertet, die Prof. Albert Michelson gelungen ist. Dieser Gelehrte hat als erste Probe seines neuen Apparates den Stern Alpha Orionis, den ersten Stern im Sternbild des Orion, gemessen. Das Ergebnis seiner Berechnungen ist, daß dieser Stern, der 150 Lichtjahre von der Erde entfernt ist, einen Durchmesser von 260 Millionen englischer Meilen hat, also etwa mehr als 300mal so groß wie die Sonne ist. Befände sich der Alpha Orionis zu unserer Erde so nahe wie die Sonne, dann würde er die ganze sichtbare Fläche des Himmels mit einem blendenden Glanze ausfüllen, den kein Menschenauge ertragen könnte. Auf einer Sitzung der amerikanischen Gesellschaft für Physik, der Prof. Michelson seine Entdeckung vortrug, wurde betont, daß aus diesen Messungen des Gelehrten hervorgehe, wie wenig und unbedeutend die einzelnen Gestirne unseres Sonnensystems im Vergleich zu anderen Sonnensystemen des Kosmos seien. Es wird dadurch das Vorhandensein von Himmelskörpern erwiesen, deren Größe über alle unsere Vorstellung hinausgeht.

— Mit der uralten Frage, ob es auch auf anderen Himmelskörpern Lebewesen gibt, einer Frage, welche die Betrachter des gestirnten Himmels von jeher zu phantastischen Träumen und ersten Gedanken angeregt hat, beschäftigt sich auf Grund des heutigen Standes der Wissenschaft Prof. O. Knopf in einem Aufsatz der „Deutschen Revue“. Die Frage muß nach

unserer Erkenntnis so formuliert werden: Sind die Bedingungen auf anderen Himmelskörpern derart, daß sich Lebewesen, besonders Menschen, die uns gleich oder ähnlich sind, dort haben entwickeln können? Die unzählbaren Fixsterne, die wir abends am Himmel bewundern, kommen als solche Himmelskörper natürlich gar nicht in Betracht; denn es sind Sonnen mit mehreren tausend Grad Wärme, auf denen kein lebendes Wesen existieren kann. Anders steht es mit den Planeten und Monden, die ebenso wie die Erde den feurigglühenden Zustand, in dem sie sich früher einmal befanden, längst hinter sich haben. Die Temperaturen an den Oberflächen dieser anderen Planeten, deren es zahllos in den verschiedenen Sonnensystemen gibt, sind gewiß von der auf der Erde sehr verschieden, doch brauchen wir uns die Natur nicht an so enge Grenzen für die Erzeugung und Erhaltung des Lebens gebunden denken, wie sie auf unserer Erde bestehen. Wenn die Natur es bei uns vielen Tieren ermöglicht, durch den Winterschlaf über Zeiten untrüglicher Kälte und Futtermangels hinwegzukommen, so wird sie auch Mittel und Wege besitzen, Lebewesen in noch strengeren Kälten und größeren Höhen, als sie auf unserer Erde vorkommen, zu erhalten. Aber das eine glaubt Knopf mit Sicherheit feststellen zu können: Menschen oder irgendwie hochorganisierte Lebewesen, wie sie auf Erden existieren, gibt es auf anderen Himmelskörpern nicht. Hat es doch auf der Erde Jahrmillionen bedurft, um durch eine ganz bestimmte Folge von äußeren Umständen und Lebensbedingungen die Gattung Mensch hervorzubringen, und es ist ganz unmöglich, daß sich diese einmal auf solche Weise von der Natur geschaffene Gattung auch auf einem anderen Himmelskörper entwickeln könnte, wo die Lebensbedingungen von denen auf der Erde unendlich weit verschieden sind. Die Lebewesen, auf anderen Planeten müssen daher in ihrer leiblichen Beschaffenheit von uns Menschen sehr weit abweichen und natürlich auch in ihren geistigen Fähigkeiten. So ist es s. B. sehr unwahrscheinlich,

In der Absicht, in Übereinstimmung mit allen Beteiligten den sichersten Weg zu jenem gemeinsamen Ende zu finden.

Die Vorkonferenz teilt mit, daß sie nunmehr die Absicht habe, den Artikel 88 schließlich zur Anwendung zu bringen und, um bei der Abstimmung die Ordnung aufrechtzuerhalten, beschließen habe, die Abstimmung der nicht im Abstimmungsgebiet ansässigen Stimmberechtigten später als die Abstimmung der einheimischen Stimmberechtigten stattfinden zu lassen.

Die deutsche Regierung sieht sich gezwungen, gegen diese Entscheidung Einspruch zu erheben, da hierdurch ihrer Auffassung nach keines dieser beiden Ziele erreicht wird. Wie in der deutschen Note vom 10. November u. a. eingehend ausgeführt wird, liegt dem Friedensvertrage das Prinzip der Einheitlichkeit des Wahlortes sowohl dem Orte wie der Zeit nach zugrunde, ein Prinzip, das auch bei den Abstimmungen in Schleswig, Ost- und Westpreußen von den alliierten Regierungen befolgt und ausdrücklich anerkannt worden ist.

Dieser Grundsatz von dem nur im Einvernehmen mit allen Beteiligten abgewichen werden darf, wird durch eine zeitlich getrennte Abstimmung durchbrochen. Ebenso wenig aber wird auf diesem Wege der Zweck erreicht, die Abstimmung frei, geheim und unbeeinträchtigt zu machen; denn bei einer zeitlich getrennten Abstimmung werden selbst die sorgfältigsten Vorkehrungen, wie z. B. die Versiegelung der Wahlurnen, für die Zwischenzeit nicht verhindern können, daß Teilergebnisse der ersten Abstimmung vorzeitig bekannt werden und dadurch die zweite Abstimmung beeinflussen. Überdies kann bei den gegenwärtig in Oberschlesien herrschenden Zuständen eine vollkommene Sicherung sämtlicher Wahlurnen kaum gewährleistet werden. Unter solchen Umständen aber würde das Geheimnis der Wahl preisgegeben und einer unterschiedlichen Bewertung der Stimmen, die im Widerspruch mit dem Friedensvertrage steht, Tür und Tor geöffnet werden.

Dazu droht eine weitere Gefahr. Die verbündeten Regierungen erkennen es mit Recht als ihre besondere Verpflichtung an, Ruhe und Ordnung bei der Abstimmung aufrechtzuerhalten. Daher gehört aber vor allem, daß Abstimmungsgebiete nicht durch Einschüchterung in der Abstimmung behindert werden. Demselben Gefühl der Verantwortung ist wohl auch der Vorschlag einer Abstimmung der Nichtangehörigen im besetzten Gebiet entsprungen.

Wenn jetzt statt dieser stillschweigenden Trennung eine zeitliche Beschleunigung wird, so wird damit die Gefahr von Unruhen und einer Terrorisierung der Wahlberechtigten keineswegs vermindert, sondern vielmehr gesteigert. Nach Vollziehung der ersten und in Erwartung der zweiten Abstimmung wird sich die Bevölkerung in hochgradiger Erregung befinden. Diejenigen, die bereits abgestimmt haben, werden alles daran setzen, das erhoffte Ergebnis nicht durch die zurückbleibenden Oberschlesier beeinträchtigen zu lassen. Die letzteren werden daher ganz besonders Einschüchterungsversuchen ausgesetzt sein.

Die Befürchtung vor Gewalttaten ist um so begründeter, als es bis jetzt nicht gelungen ist, dem terroristischen Vertriebsverbot, das in Oberschlesien neuerdings immer häufiger und rücksichtsloser sein Haupt erhebt, wirksam zu steuern. Die deutsche Regierung betrachtet die Gewaltausübung einer zeitlich freien, unbeeinträchtigten und geheimen Abstimmung in Oberschlesien als eine Lebensfrage für das deutsche Volk, und glaubt Anspruch darauf zu haben, daß diese Frage in diesem Sinne zweifelsfrei gelöst wird. Sie muß daher zwar nach reiflicher Erwägung aus den angeführten gewichtigen Gründen den von den verbündeten Regierungen eingeschlagenen Weg für ungangbar erachten, erklärt sich aber gleichzeitig nochmals ausdrücklich bereit, andere, ihrer Ansicht nach aber zweckmäßigere Vorschläge zur Sicherung der Abstimmung zu machen und mit den Beteiligten zu erörtern.

Da der bisherige stillschweigende Weg zu einem alle Teile befriedigenden Ergebnisse nicht geführt hat, so erlaubt sie sich, erneut eine mündliche Besprechung der so überaus wichtigen Frage anzuregen, damit eine Lösung gefunden werde, welche die

Abstimmung wirklich zu der von dem Friedensvertrage gewollten und allen Beteiligten anzuerkennenden Vollstreckung geführet.

Die Besetzung Bethmann Hollwegs.

Hohenfinow, 5. Januar. Der Satz des heimgegangenen früheren Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg war gestern abend nach einer kurzen Feier im Familienkreise am Altar der dortigen Kirche zwischen Vorberedungen ausgehört worden. Neben den nächsten Anverwandten erschienen zur Trauerfeier als Vertreter der Reichsregierung Reichsminister Dr. Heine mit Staatssekretär Lemoal und Ministerialdirektor Heibronn. In Vertretung des vormaligen Kaisers legte Prinz Oskar einen Kranz am Sarge nieder. Es erschienen ferner der frühere Reichskanzler Dr. Michaelis, die früheren Staatssekretäre und Minister v. Dellbrück, Helfferich, Scheuch und Breitenbach, Penze und Zimmermann, General Gantshew als Abgesandter des Königs Ferdinand von Bulgarien u. a. Nach der Trauerrede des früheren Reichskanzlers von Hohenfinow setzte sich die Trauerversammlung nach dem Erbegräbnis auf dem Friedhofe in Bewegung. An der Gruft sprach Minister Dr. Heine. Er sagte u. a.: Im Namen der Reichsregierung sage ich dem Reichskanzler v. Bethmann Hollweg den letzten Gruß. Er war berufen, in der furchtbaren Prüfung unseres Volkes am Steuer zu stehen. Ehe der Sturm überwunden war, mußte er den schicksalvollen Platz verlassen. Wir dürfen die Erinnerung festhalten an jene Jahre der Einigkeit in Kampf und Leiden, die vor allem sein politisches Werk gewesen ist, die uns befähigt hat, lange Zeit dem Ansturm übermächtiger Gegner standzuhalten, und die auch für die Zukunft wirken wird. Daß der Tag der Berechtigung für ihn so früher kommen wird wie für unser Volk, dies ist der Trost für alle, die um ihn trauern.

Kritik an der Abstimmungsordnung.

Gleiwitz, 5. Januar. Die „Oberschlesische Volkstimme“ schreibt zu der nunmehr amtlich veröffentlichten Abstimmungsordnung: Die Verordnung übertreift unsere schätzbarsten Befürchtungen. Sie deckt sich im wesentlichen mit den korrektesten Vorschlägen zu dem Abstimmungsreglement. Schlimmste Ungerechtigkeit in diesem Statut ist die Festsetzung des Stichtags für das Abstimmungsrecht der nicht im Abstimmungsgebiete geborenen Oberschlesier auf den 1. Januar 1904. Dadurch wird den deutschstämmigen Abstimmungsberechtigten eine schwere Benachteiligung zugefügt. Die interalliierte Kommission hat sich über alle Tatsachen hinweggesetzt und erlaubt alle, die sich hier angeheißelt und Primatrecht erworben haben, des Abstimmungsrechts.

Angebliche Stellungnahme der Reichsregierung zur oberschlesischen Frage.

Berlin, 5. Januar. Der „Oberschlesische Kurier“ veröffentlicht Mitteilungen über die angebliche Stellungnahme der deutschen Regierung zur oberschlesischen Frage, die sich nach dem Besuche einer hochstehenden Persönlichkeit aus Warschau beim Reichspräsidenten Ebert ergeben haben soll. Diese Mitteilungen sind schon aus dem Grunde völlig haltlos, weil der Besuch einer hochstehenden Persönlichkeit aus Warschau beim Reichspräsidenten frei erfunden ist.

Französische Absichten im Falle eines Eisenbahneranstands.

Berlin, 6. Januar. Wie der „Vorwärts“ mitteilt, hat der in Wiesbaden sitzende Chef des

französischen Eisenbahnenwesens geplant, bei einem Streik der deutschen Eisenbahner das Eisenbahnenwesen im besetzten Gebiet französisch zu militarisieren und eventuell auch zwecks Kohlenversorgung nach dem Ruhrrevier militärisch hinüberzugreifen.

Rac Cormid über Deutschland.

Berlin, 6. Januar. Nach einer Meldung aus London erklärte Senator Rac Cormid, daß er eine Bewegung zugunsten einer Zurückeroberung Elsaß-Lothingens in Deutschland nicht habe feststellen können. Er glaube aber, daß die Zuweisung Oberschlesiens an Deutschland für die Befestigung des europäischen Friedens sehr wichtig sei. Deutschland würde dadurch in die Lage versetzt, Rohmaterialien zu bekommen, die es brauche, um wieder an die Arbeit gehen zu können.

Staatsmittel für den Wohnungsbau in Braunschweig.

Braunschweig, 5. Januar. Die braunschweigische Regierung hat dem Landtage eine Vorlage zugehen lassen, in der zum Zwecke der Bekämpfung der Wohnungsnot, insbesondere zur Gewährung von Darlehen zwecks Beschaffung neuer Wohnungen eine Staatsanleihe bis zu zehn Millionen Mark angefordert wird.

Die Beziehungen Deutschlands zu Oesterreich.

Wien, 5. Januar. Im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten gab Bundeskanzler und Bundesminister für Äußeres Dr. Raje heute ein Exposé über die allgemeine politische Lage. Über die Beziehungen Österreichs zu Deutschland erklärte der Bundesminister: Unsere Beziehungen zum Deutschen Reiche sind auf der unveränderlichen und unveräußerlichen Kulturgemeinschaft basiert, die uns mit unseren Stammesbrüdern im R.iche verbindet. In überleserter Herzlichkeit und Jungheit dieser Beziehungen unter Beobachtung der beiderseitigen Lebensinteressen zu pflegen, betrachtet die Regierung als eine ihrer wichtigsten Aufgaben. Sie finden in der freien Hilfsbereitschaft und Anteilnahme unserer Volksgenossen in Deutschland, die selbst um ihre Existenz schwer zu sorgen haben, herdeden Ausdruck. Wir haben mit Deutschland einen neuen Handelsvertrag geschlossen, der den früheren Handelsvertrag zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn in einer den Bestimmungen des Friedensvertrages entsprechenden Weise ändert.

Der englisch-russische Handelsvertrag.

Nach langen Verhandlungen scheint nunmehr der englisch-russische Handelsvertrag im wesentlichen zustande gekommen zu sein. Es handelt sich dabei um einen gegenseitigen Handelsaustausch, der beiden Völkern ein beträchtliches Maß an Wohlstand bringen wird. Die Verhandlungen in Aussicht gestellt. Nach vierzehn Tagen wurde aus London berichtet, daß die Verhandlungen infolge unersättlicher Forderungen des russischen Beauftragten Krassin auf einem toten Punkt angelangt seien. Die bolschewistische Regierung hat dann andere Unterhändler nach London geschickt. Daraufhin schloß sich, daß Moskau in wesentlichen Punkten von seinen ursprünglichen Forderungen abgegangen ist, um die Einigung zustande zu bringen. Kommt es zum baldigen Abschluß des Abkommens, so hat England sich zweifellos vor seinen hauptsächlich in Frage kommenden Konkurrenten Amerika und Schweden einen Vor-

sprung gesichert. Die Hauptfrage wird nun sein, was Rußland an Austauschgütern wirklich zu bieten hat. Besucher Rußlands haben immer wieder versichert, daß die Sowjetregierung solche Güter in größeren Mengen nicht besitze. Was die Russen von England wollen, ist bekannt. Sie brauchen in erster Linie Eisenbahnmateriale, landwirtschaftliche Maschinen und Werkzeuge. Führt das englisch-russische Abkommen tatsächlich zu einem Gütertausch von erheblichem Umfang, so wird es nur der erste Schritt zu weiteren Vereinbarungen und zur Wiedereinordnung Rußlands in den internationalen Handelsverkehr sein. Bei diesem Abkommen verfolgen beide Kontrahenten übrigens in politischer Beziehung entgegengesetzte Ziele. Moskau hofft durch die Wiederherstellung des internationalen Verkehrs den bolschewistischen Umsturz auch nach Westeuropa verpflanzen zu können. In England dagegen trägt man sich mit der Hoffnung, durch die Wiedereinordnung der Sowjetmacht von innen her auszuheben zu können, nachdem man sie von außen her nicht zu stützen vermocht hat.

Die Auslandsbewegung der Bediensteten der Wiener Südbahn.

Wien, 5. Januar. Die Vertrauensmänner der Südbahn in Wien beschloßen, nicht sofort in den Auslandsdienst zu treten, sondern bis zur Vollversammlung am Freitag zu warten. Die Staatsbahner und Südbahner in Graz beschloßen, den Lebensmittelpreisverleih vorläufig wieder aufzunehmen.

Graz, 5. Januar. Die Streikenden der Südbahn und Staatsbahnen beschloßen die Wiederaufnahme der Arbeit, da ihre Forderungen bewilligt wurden.

Die deutsche Sprache in Südslawien.

DA, Belgrad, 5. Januar. Die Stapschichta hat die Einführung der deutschen Sprache als obligatorisches Unterrichtsfach an den höheren Lehranstalten des Landes beschloßen.

Die Zusammenkunft der Ministerpräsidenten der Verbandsstaaten.

Paris, 5. Januar. Wie die Pariser Ausgabe der „Daily Mail“ meldet, wird auf der im Laufe dieses Monats stattfindenden Zusammenkunft der Ministerpräsidenten der Verbandsstaaten auch ein Plan der englischen Regierung betreffend die Einrichtung eines internationalen Kreditinstituts für Länder, die Waren benötigen, aber nicht in bar bezahlen können, erörtert werden.

Baldiger Rücktritt des Kabinetts Leagues?

Paris, 5. Januar. „Liberé“ spricht heute abend von der Möglichkeit, daß das Kabinet Leagues nach den Wahlergebnissen für den Senat seine Demission einreichen werde. Das Blatt glaubt, daß Ministerpräsident Leagues mit der Neubildung des Kabinetts betraut werden wird.

Grech über die Einschränkung des Rüstungswettbewerbs.

Paris, 5. Januar. Nach einer Meldung der Pariser Ausgabe der „Daily Mail“ wies Viscount Grech in einer Glasgower Rede auf die Notwendigkeit einer Einschränkung des Rüstungswettbewerbs hin und sprach sich ferner gegen die Geheimverträge und für die Kontrolle des Kriegsschiffbaues aus.

daß ihre Sinnesorgane, wenn sie überhaupt solche besonderen Einrichtungen zur Wahrnehmung der Außenwelt besitzen, ihnen ein gleiches Bild der Welt liefern wie uns die unsrigen. Sind doch schon die Augen des Säugtieres, des Fisches, des Insekts von verschiedenem Bau! Daher hat das Säugtier ein anderes Bild von der Umwelt als der Fisch, und dieser wieder ein anderes als das Insekt. Um wie viel mehr mag das Auge der Vögel eines anderen Planeten von den unsrigen abweichen! So wäre es z. B. ganz gut möglich, daß die Lichtstrahlen mit Wellenlängen, die auf unser Auge keinen Eindruck machen, den Bewohnern eines fremden Himmelskörpers die farbigen Bilder vorzauberten, während die Strahlen, die wir als Licht wahrnehmen, also der weitaus größte Teil der Sonnenstrahlen, von ihnen überhaupt nicht empfunden werden. Wir könnten uns sogar denken, daß Altruisten, die unseren Geruchssinn erregen, bei den Marsbewohnern auf Gehörssinn oder Geruchssinn wirken. Damit aber sind wir bereits in dem Gebiete des wissenschaftlichen Märchens. Feststellen läßt sich nur, daß auf anderen Himmelskörpern keine Wesen, wie wir Menschen, wohnen können.

Literatur. Aus Hamburg wird gemeldet: Das Deutsche Schauspielhaus veranstaltete die Uraufführung des Lustspiels „Die Geburt des Narren“ von Robert Walter. Es ist eine recht laubere Arbeit, die man sich in guter Laune wohl gefallen läßt. Einen Hypochonder vermag sie allerdings nicht zu entzücken; selbst müßergültige Darstellung und ergötliche Entropes können wenig den Mangel an Plastik und Humorduft verdecken. Der Reizall erlaubt dem Dichter, sich mehrmals an der Kampe zu zeigen.

— „Erlösung“, ein Mythenpiel von Toni Kühnen, kommt demnächst in Düsseldorf zur Uraufführung.

— Im Reininger Landesstheater findet am 12. Januar die Uraufführung des Dramas „Rein“ von Anton Wildgans und am

21. Januar die von Georg Kaisers Komödie „Die jüdische Witwe“ statt.

— Intendant Eistl vom Stadttheater Halberstadt ist der Erste gewesen, der Werke von Alfred Bruck herabdrückte, und zwar gerade das Werk („Der ewige Mensch“), das jetzt den Leipziger Reizpreis bekommen hat. Auch für die jetzige Spielzeit hat Intendant Eistl die exotischen Spiele Alfred Brucks schon im vorigen Sommer auf den Spielplan gesetzt. Die Uraufführung dieser Werke wird im Februar erfolgen.

— „Der große Traum“ heißt ein episches Werk in Terzinen, an dem Gerhart Hauptmann seit Jahren arbeitet. Die Dichtung, vorläufig nicht zur Veröffentlichung bestimmt, spiegelt in großen Sisionen und Phantasien die kulturelle Entwicklung der Menschheit.

Musik. Unter den musikalischen Gedentagen dieses Jahres ist der der Uraufführung des „Freischütz“ in Berlin, die am 18. Juni 1821 stattfand, einer, den man feiern wird, soweit die deutsche Junge Klingt. Mit Berlin wird aber doch Dresden und seine Oper um die Palme ringen können; denn daß der „Freischütz“ ein echtes „Dresdner Kind“ ist, wird nicht zu bezweifeln sein. Als seine Geburtsstätten grüßen besonders das Freischützhaus am Altmarkt und die Freischützgrube in der Gartenstraße des Hofstewier Weberhanes. Mit Recht wird denn auch, wie verstanden, in musikalischen Kreisen die Frage einer in diesem Jahre zu veranstaltenden gesehener Webersfeier erörtert, die aus Anlaß dieses Gedentages unsere Stadt der Welt wieder einmal als eine stehende Musikstadt in Erinnerung zu bringen geeignet ist.

— Das Opernhaus in Frankfurt a. M. hat die zweifelhafte Oper „Prinzessin Ciranara“ von Agou Wellesz, Text von Jakob Wassermann (dem Verfasser des Romans „Das Gänsemännchen“) zur Uraufführung erworben. Das Werk soll Anfang März in Szene gehen.

— „Faschingsnacht“ bezieht sich ein Ballett, dessen Komposition soeben von Willy Werner Götting beendet wurde. Das Werk wird im G. Wolfram-Alberich-Verlag St. Ingbert (Saargebiet) erscheinen.

Theater. Aus Leipzig wird berichtet: „Die Morgenblühne“ nennt sich ein Verein, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, schwer zugängliche Werke seinen Mitgliedern in geschlossenen Vorstellungen unter Ausschluß der Presse vorzuführen.

— Das Völkfelder Stadttheater und Dreher erfordern einen jährlichen Zuschuß von einer Million Mark. Es wurde jetzt ein Finanz- und Theaterauschuss gebildet, dem es zur Aufgabe gemacht wurde, einen Weg zu finden, der diese große Summe vermiedere.

* Baron Carlo v. der Ropy hatte kürzlich mit Rezitationsabenden in Heilbronn und Stuttgart großen Erfolg bei Publikum und Presse. Der Künstler, der immer wieder vor die Kampe gerufen wurde, ist von der Stuttgarter Konzertdirektion sofort zu weiteren Vorträgen in Württemberg usw. verpflichtet worden.

Theater, Konzerte, Vorträge.

Mitteilungen der Sächsischen Staatsoper: Opernhaus: Sonnabend, am 8. d. M. „Alba“. Der König — Julius Büttich, Ameris — Ottilie Wegner-Lattermann, Aida — Elisabeth Hethberg, Radamas — Curt Tauscher, Amphibis — Georg Jollmayr, Amonastro — Robert Burg. Russische Zeitung: Kurt Striegler. Spielzeitung: Georg Hartmann. Beginn 7 1/2 Uhr. Sonntag, am 9. d. M.: „Rienzi“. Beginn 5 Uhr.

Schauspielhaus: Am Freitag, den 7. d. M. wird das neu einstudierte Märchenrama „Die verzauberte Glode“ von Gerhart Hauptmann in der bekannten Besetzung wiederholt. Spielzeitung: Lothar Wehnert. Anfang 7 Uhr.

* Mitteilung aus der Kängel des Alberttheaters. Mit dem freien Vortrag des Dramas „Simon“ von Heinrich Burte durch Bruno Schönfeld in der nächsten Morgenfeier steht das Alberttheater in diesem Rahmen sein Bestreben fort, ansehnliche und auf Sondergebieten bewährte Sprachkünstler dem Dresdner Publikum nahe zu bringen. Über Schönfeld schrieb die „Frankfurter Zeitung“: „Er beherrschte das Werk souverän, trug ausgezeichnet in einem zur Dichtung passenden Stil vor und gab durch verbindende und erläuternde Zwischenbemerkungen ein lebensvolles Ganzes. Er ließ das Werk in eigenem Rhythmus erleben, eine erlaunliche Leistung.“ Für die Morgenfeier werden noch laufende Plakate verteilt ausgegeben, durch die ein Parteilich für 1 M. erhältlich ist.

* Volkshochschule. Die durch die Weltkriegsferien unterbrochenen Lehrgänge beginnen in der Woche vom 9. Januar wieder. — Dienstag, den 11. Januar, abends 7 Uhr, fängt die sechsstündige Fortsetzung der Vorträge von Dr. Max Pranges über Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett in der Reichshäuser Realschule, Traushaarstraße, an. Zunächst werden Besucher der ersten Reihe berücksichtigt. — Einen Lehrgang über experimentelle Physik mit Versuchen und Lichtbildern beginnt Studienrat Dr. Danneberg Mittwoch, den 12. Januar, abends 7 1/2 Uhr, in der Annenschule, Humboldtstraße. Es werden Anwendungen der Geleitzität in fünf Stunden behandelt, Mittwoch den 12., 26. Januar, 9., 22. (Dienstag) Februar und Mittwoch, den 9. März. In den bayrischen liegenden Mittwochabenden findet eine Aussprache über das Wehrere und Wehrere statt. — Dr. F. A. Götler veranstaltet 2 Reihen von je 10 naturkundlichen Ganz- oder Halbtagsausflügen. Die eine Reihe ist besonders für die Teilnehmer früherer Jahre bestimmt, die andere für neue Teilnehmer. Die Ausflüge finden Sonntag oder Sonnabend nachmittags statt. Ein Verzeichnis liegt in der Geschäftsstelle aus. Für jede Reihe beträgt der Preis 18 M. Der erste Ausflug der Reihe I (mit winterliche Land) beginnt Sonntag, den 16. Januar früh 8 Uhr am Wilden Ram und ist auf einen Vormittag berechnet. Teilnehmerarten zu allen Veranstaltungen in der Geschäftsstelle, Neues Rathaus, Zimmer 44 (10 bis 3 Uhr, Sonnabends 10 bis 2 Uhr).

Die interalliierte Konferenz.

Paris, 5. Januar. Nach einem Davostelegramm wird die interalliierte Konferenz wahrscheinlich gegen Mitte des Monats stattfinden.

Der neue Bizekönig von Indien.

Der neue Bizekönig für Indien wird aller Voraussicht nach noch in dieser Woche ernannt werden.

Die Bildungsarbeit der Sowjetregierung.

Der Rigaer Berichterstatter der „Dena“ hatte eine Unterredung mit dem Direktor des russischen Regierungsvertrages, Sacha, in der dieser erklärte, die Bildungs- und Kulturarbeit der Sowjetregierung schreite ununterbrochen fort.

Frauenelend in Sowjetrußland.

In einem Schreiben an die „Times“ heißt es: Hier sind einige Preise im November: Brod 500, Kartoffeln 270, Butter 8000 Rubel das Pfund, eine Flasche Milch 500, ein Duzend Eier 3000, ein Huhn 1000 Rubel.

Keine Rätereublik in Batum.

Berlin, 5. Januar. Der Geschäftsträger der Republik Georgien bittet uns um Veröffentlichung folgender Mitteilung: Die Meldung des „Daily Express“, in Batum sei die Rätereublik ausgerufen worden, ist ebenso erlogen wie alle früheren.

Anschluß des luxemburgischen sozialistischen Parteitag an die dritte Internationale.

Frankfurt a. M., 5. Januar. Wie die „Frankf. Zig.“ aus Luxemburg meldet, hat der luxemburgische sozialistische Parteitag mit 97 gegen 21 Stimmen den bedingungsweisen Anschluß an die dritte Internationale angenommen.

Wiederbeginn der Brüsseler Konferenz.

Berlin, 6. Januar. Nach einer Vereinbarung zwischen dem Staatssekretär Bergmann und dem Reichsminister des Innern...

dem Ministerpräsidenten A. D. Delacroix beginnen die Verhandlungen der Brüsseler Konferenz am 17. d. M. von neuem.

Brüssel, 5. Januar. Wie die Agence Belge mitteilt, ist die Verschiebung des Wiederzusammentritts der Sachverständigenkonferenz, die ihre Verhandlungen voraussichtlich am 17. oder 20. Januar wieder aufnehmen wird...

Ein italienisch-tschechisch-jüdislawisches Bündnis?

DA. Prag, 5. Januar. Zwischen der italienischen, tschechoslowakischen und jüdislawischen Regierung sind Vorbereitungen zur Bildung eines Schutz- und Trutzbündnisses getroffen worden.

Die Beziehungen der britischen Regierung zu Griechenland.

Paris, 5. Januar. Nach einer Meldung aus London verbreitet Reuters: Die britische Regierung beabsichtigt nicht, die offiziellen Beziehungen zu Griechenland zu ändern.

Benizelos unter Auflage gestellt.

DA. Lugano, 5. Januar. Dem „Corriere della Sera“ zufolge ist gegen Benizelos wegen Verletzung der griechischen Verfassung durch zwei Verträge ein Strafverfahren eingeleitet worden.

Eine Fahrt der amerikanischen pazifischen Flotte nach den südamerikanischen Gewässern.

Paris, 5. Januar. Wie dem „New York Herald“ aus Santiago gemeldet wird, wird am nächsten Freitag die gesamte pazifische Flotte eine Fahrt nach den südamerikanischen Gewässern antreten.

Mannigfaltiges.

Dresden, 6. Januar.

* Eine neue Geschäftsverteilung beim Stadtrat zu Dresden ist für das Jahr 1921 beraten und beschlossen worden. Sie bringt im wesentlichen folgende Änderungen: Hr. Stadtrat Dr. Häbert ist im Wohnungsausschuß durch Hr. Stadtrat Bede und im Kollegium für Schanzen und Gewerbeunterlagen durch Hr. Stadtrat Dr. Redder ersetzt.

* Die Großhandelskreditbank wurde der Firma H. Röhder & Co., Dresden, von der Antihauptmannschaft Dresden-Kenstadt entzogen.

* Mit dem Stande der Eisenbahnbewegung beschäftigte sich die Ortsgruppe Dresden der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner in ihrer letzten Mitgliederversammlung.

* Bei dem Presseball „Wi-Wien“ wird, wie bereits kurz mitgeteilt, eine „geblafene Pantomime“ unter dem Titel „Die Liebe in der Küche“ von Prof. Heinrich Flaybeder zum erstenmal aufgeführt.

alle Verhandlungsmöglichkeiten unbedingt, aber entschieden und alsbald zu erschöpfen. Sollten alle friedlichen Bemühungen ergebnislos sein oder nur zu einem unbefriedigenden Ergebnis führen, sind die Versammelten gewillt, Schulter an Schulter mit allen übrigen Berufskollegen sich die dringend notwendige wirtschaftliche Besserstellung zu erkämpfen.

* Die unter dem gegenwärtigen neuen Straßenbahn-Tarif zum Verkauf gelangenden Karten und Fahrscheine haben noch vielfach einen früheren, nicht mehr gültigen Verlauf, dürfen trotzdem aber nur zu den Freisen des jetzt geltenden Tarifs verkauft werden.

* Mit Rücksicht auf die Steigerung der Baukosten wurde in der letzten Ratssitzung für die Schwestern, deren Bau nach dem 1. Januar 1921 begonnen wird, der Beschleunigungsbeitrag auf 200 M. für das Anliegmeter bei zweiseitig bebaubaren Straßen und auf 500 M. für das Anliegmeter in allen übrigen Fällen festgesetzt.

* Bei der Umwidlungskasse der Kriegsgefangenenheimkehr sind noch eine Anzahl Aufgaben zu erledigen, zu deren Durchführung in der letzten Ratssitzung ein weiteres Veranschlagungsbudget in Höhe von 30 000 M. zur Verfügung gestellt wurde.

* Am Dienstag, den 11. Januar, beginnt Pastor Dr. Busch im Gemeindefaule der Martin Luther-Kirche, Martin Luther-Platz 5, abends 7 1/2 Uhr einen vierten wissenschaftlichen Vortragsabend, in dem in zehn Vorträgen die so vielschichtige Offenbarung Johannes religionsgeschichtlich erklärt und ästhetisch gewürdigt werden soll.

* Reichstagsabgeordneter D. Rumm sprach gestern abend im Logenhause, Ost-Allee, in einer Versammlung der Kirchlich-Sozialen Bundes über „Der Kirche Rot — des Volkes Rot“.

* Der Verein der Klein- und Mittelkammer Sächsisch hielt gestern in Dresden seine diesjährige Hauptversammlung ab. Aus dem Jahresberichte des Vorsitzenden Hrn. Wolff ging hervor, daß der Verein nunmehr rund 13 000 Mitglieder zählt.

* Der Verein der Klein- und Mittelkammer Sächsisch hielt gestern in Dresden seine diesjährige Hauptversammlung ab. Aus dem Jahresberichte des Vorsitzenden Hrn. Wolff ging hervor, daß der Verein nunmehr rund 13 000 Mitglieder zählt.

* Der Verein der Klein- und Mittelkammer Sächsisch hielt gestern in Dresden seine diesjährige Hauptversammlung ab. Aus dem Jahresberichte des Vorsitzenden Hrn. Wolff ging hervor, daß der Verein nunmehr rund 13 000 Mitglieder zählt.

* Der Verein der Klein- und Mittelkammer Sächsisch hielt gestern in Dresden seine diesjährige Hauptversammlung ab. Aus dem Jahresberichte des Vorsitzenden Hrn. Wolff ging hervor, daß der Verein nunmehr rund 13 000 Mitglieder zählt.

* Der Verein der Klein- und Mittelkammer Sächsisch hielt gestern in Dresden seine diesjährige Hauptversammlung ab. Aus dem Jahresberichte des Vorsitzenden Hrn. Wolff ging hervor, daß der Verein nunmehr rund 13 000 Mitglieder zählt.

einen sehr gelungenen musikalischen Abend über bekannte Melodien, deren Inhalt den Gang der Handlung leicht erklären. Die einzelnen Rollen sind auf folgende Instrumente verteilt: Klarinette: die einsame Köchin; Oboe: Schornsteinfeger, der verschmähte Liebhaber; Trompete: Postillon, der erwählte Liebhaber; Fagott: der Hausherr; Waldhorn: die Hausfrau; und Posaune: der Schuhmann.

Mus Sächsen.

Leipzig. Der Verband der Musikler und Sängler der Leipziger Messe e. V. hält am 10. Januar seine erste Jahresversammlung in Leipzig ab.

Ghemny. Im Hinblick auf die Tätigkeit der Kommunisten soll ein Zusammenschluß der beiden sozialistischen Parteien in Sächsen in die Wege geleitet werden.

Plauen i. V. Zum Kleinstreit, der hier plötzlich in Szene gesetzt worden ist, wird mitgeteilt, daß zwei Drittel aller Mieter sich dem Streit nicht angeschlossen haben.

Galkenhein. Unter Stimmenthaltung des Bürgermeisters hat der Stadtrat einstimmig beschlossen, daß die unbesoldeten Ratmitglieder ihre Ämter in die Hände des Stadtvorordnen-Kollegiums zurückgeben, damit die Zusammensetzung des Rates eventuell ein Spiegelbild der Zusammensetzung des Stadtvorordnen-Kollegiums sei.

Burgstädt. In gemeinsamer Sitzung der beiden städtischen Kollegien ist die Frage, ob man künftig eine besoldete Stadtratsstelle, deren Inhaber kein Jurist zu sein braucht, errichten oder wieder einen Ratsoffizier anstellen sollte, erledigt worden.

Loßstädt. Der Gemeinderat beschloß einstimmig, die erforderlichen Schritte zu unternehmen, damit Loßstädt das Stadtrecht für mittlere und kleinere Städte erhält.

Dobru s. Stolpen. Am 6. d. M. wird hier eine Telegraphenabstufstelle und öffentliche Fernsprechstelle eröffnet.

Kadeben. Die Ausstellung „Der Sängling und seine Pflege“ wird vom Deutschen Hygiene-Museum in der Zeit vom 5. bis 15. Januar in der Turnhalle des hiesigen Realgymnasiums täglich von 11 bis 5 Uhr gezeigt.

Der Nachdruck aus dem Inhalt der Sächsischen Staatszeitung ist erlaubt. Für den Nachdruck der Originalaufsätze ist Quellenangabe Bedingung.

Ämtlicher Teil.

Unter Bezugnahme auf die Verordnung des Gesamtministeriums vom 14. Dezember 1920 über die Mitwirkung der staatlichen Kassenstellen bei der Einkommensteuerveranlagung für 1920/21 (Nr. 292 der Sächsischen Staatszeitung vom 18. Dezember 1920) werden auch die Gemeinden und Gemeindeverbände einschließlich der Bezirks- und Fürsorgeverbände angewiesen, über die Dienstbezüge ihrer Beamten und Angestellten für das Kalenderjahr 1920 Nachweisungen nach dem vom Reichsfinanzministerium vorgeschriebenen Muster aufzustellen und sie dem für den Wohnort der Beamten und Angestellten zuständigen Finanzamt bis zum 10. Januar 1921 einzureichen.

Für den Bezug und die Aufstellung der Nachweisungen gelten die Bestimmungen der erwähnten Verordnung.

Die Nachweisungen der Gemeinden und Gemeindeverbände haben sich auch auf die aus ihren Listen zu leistenden Beiträge der Empfänger von Waisenrenten, Wittnen- und Waisengeldern oder Unterhaltsbeiträgen zu erstrecken.

Die Vorbemerkungen auf dem Nachweisungsdruck sind genau zu beobachten.

Dresden, am 4. Januar 1921. 8799

Ministerium des Innern.

Die Feuerversicherungs-Gesellschaft Rheinland hat als Hauptbevollmächtigter für den Freistaat Sachsen gemäß § 115 Abs. 2 des Reichsgesetzes über die privaten Versicherungsgesellschaften vom 12. Mai 1901 an Stelle des Herrn Max Wapnig Herrn Martin Frißsche mit dem Wohnsitz in Dresden bestellt. 779 a 1 Nr. Dresden, am 5. Januar 1921. 8851

Ministerium des Innern.

Auf Grund von § 5 a der Bekanntmachung zum Schutze der Mieter vom 23. September 1918 in der Fassung des Gesetzes über Maßnahmen gegen Wohnungslosigkeit vom 11. Mai 1920 (RStZ. S. 949) unter II Art. 1 wird mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers angeordnet, daß in den Bezirken der Stadtgemeinden Plauen und Zwickau die zwangsweise Räumung einer Wohnung bis 15. Februar 1921 nicht erfolgen darf, wenn der betroffene Wohnungsinhaber durch eine Befreiung des Stadtrats nachweist, daß er bei Durchführung der Räumung wohnungslos werden würde. LWA IV 16 Dresden, am 5. Januar 1921. 8850

Ministerium des Innern, Landeswohnungsamt.

Vom 1. Januar 1921 an wird das Landratsamt zu Korbitz für die Benutzung der staatlichen Beschläge zur Bedeckung von Stuten folgende Beiträge erheben:

- 1. Nr. 130.— für die in das Juchtrregister eingetragenen Stuten einschließlich Stamm- und Angelstuten,
2. Nr. 200.— für die anderen Stuten,
3. Nr. 250.— für die unter 1. und 2. bezeichneten Stuten, wenn sie in der Zeit vom 1. August bis Ende Dezember den Ferkeln zugeführt werden,
4. Nr. 300.— für alle Stuten, die von außer-sächsischen Orten den Ferkeln zugeführt werden.

Vorstehende Beitragssätze gelten für den Hauptstamm und den ersten und zweiten Nachsprung. Für jeden weiteren Nachsprung ist eine Gebühr von 50 M. zu entrichten. 2550bVL1 Dresden, am 31. Dezember 1920. 8834

Wirtschaftsministerium, V. Abteilung (Landwirtschaftl.).

Bekanntmachung.

betreffend die Form der Nachweisungen bei der unmittelbaren Einzahlung der vom Arbeitgeber für die Einkommensteuer vom Gehalt oder Lohn der Arbeitnehmer einbehaltenen Beträge.

Bekanntmachung und solche private Arbeitgeber, denen die unmittelbare Einzahlung der vom Gehalt oder Lohn für die Einkommensteuer einbehaltenen Beträge gestattet ist, haben künftig neben den Gesamtnachweisungen Einzelnachweisungen nur noch für die in den Städten Dresden, Leipzig, Chemnitz, Zwickau, Meißen und Reichenbach wohnhaften Arbeitnehmer einzureichen. Für alle übrigen Orte genügt die Einreichung von Gesamtnachweisungen. Die Spalten 2 und 3 dieser Gesamtnachweisungen sind genau auszufüllen. Solange der Arbeitnehmer noch nicht einen endgültigen Steuerbescheid für das Rechnungsjahr 1920 erhalten hat, ist in Spalte 3 der Nachweisungen die Wohnung des Arbeitnehmers nach dem Stande vom 1. Januar 1920 und bei den erst nach diesem Zeitpunkt an einem Ort zugezogenen Arbeitnehmern die erste nach dem Bezug bezogene Wohnung anzugeben.

Die Steuerbestellen haben die Arbeitgeber, soweit dies erforderlich ist, auf diese Bekanntmachung hinzuweisen. 8801 Dresden und Leipzig, am 3. Januar 1921.

Die Landesfinanzämter, Abt. f. Ver- und Verkehrssteuern.

Die Vormacher-Zwangsbauung zu Vauhen wird, nachdem die Zurücknahme der gemäß § 100 Abs. 1 der Reichsgewerbeordnung getroffenen Anordnung beantragt worden ist, auf Grund von § 100 Abs. 31. e. hiermit geschlossen. Vauhen, am 3. Januar 1921. 773a VIII-20 Reichshauptmannschaft. 8835

Ernennungen, Versetzungen etc. im öffentlichen Dienste.

Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts. Am 1. April zu besetzen: zwei Lehrerstellen in Erlbach (mit ledigen Bewerbern). Ortstl. E; Lehrerstelle in Bad Elster. Amtswohnung Ortstl. B; die 1. Lehrerstelle in Drosdorf. Amtswohnung. Ortstl. E; die 2. Lehrerstelle in Untertriedel. Amtswohnung. Ortstl. E. Fern. bis zum 20. Januar an den Bezirksschulrat zu Olsnitz i. S. — Zu besetzen: 3. händ. Lehrerstelle in Jmnitz-Kochbuz. Koll.: oberste Schulbeh. Unt.: Ortstl. E. Gesuche bis zum 31. Jan. an den Bezirksschulrat Leipzig II.

Auf Blatt 449 des hiesigen Handelsregisters ist heute eingetragen worden die Firma Emil Georgi in Bischofswerda, die bisher in Rue ihren Sitz hatte und auf Blatt 534 des Handelsregisters zu Rue eingetragen war. Weiter ist die Blumenfabrikantin Hilba Elisabeth Mayer geb. Hänel in Bischofswerda als Inhaberin eingetragen worden. Amtsgericht Bischofswerda, am 31. Dezember 1920.

Auf Blatt 650 des Handelsregisters, die Firma Regentz und Otto in Grimmitzschau betr., ist heute eingetragen worden, daß dem Kaufmann Karl Wilhelm Otto in Grimmitzschau Profura erteilt ist. Amtsgericht Grimmitzschau, den 4. Januar 1921.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

- 1. auf Blatt 13947, betr. die Gesellschaft Turbowerte Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Dresden: Profura ist erteilt dem Kaufmann Wilhelm Müller in Zschieren. Er darf die Gesellschaft nur in Gemeinschaft mit einem anderen Prokuristen oder einem Handlungsbevollmächtigten vertreten;
2. auf Blatt 3116, betr. die offene Handelsgesellschaft J. Kösten in Dresden: Profura ist erteilt dem Kaufmann Kurt Bernhard Richter in Rabenau und Fritz Hermann Nohl in Dresden. Ein jeder ist berechtigt, die Gesellschaft nur gemeinsam mit einem anderen Prokuristen zu vertreten;
3. auf Blatt 10409, betr. die offene Handelsgesellschaft Arny u. Sommerlad in Niederelbzig: Die Gesellschafter Heinrich Kulppe und Otto Heim wohnen jetzt in Zschieren, Paul und Kurt Zimmermann in Klein-Zschöschwitz. Profura ist erteilt dem Kaufmann Friedrich Hermann Wagner in Lodwitz;
4. auf Blatt 15012, betr. die offene Handelsgesellschaft G. & H. Hahle & Hahle in Dresden: Der Schuhmachermeister Wenzel Hahle ist aus der Gesellschaft ausgeschlossen;

5. auf Blatt 14951, betr. die offene Handelsgesellschaft Luxander & Keller in Dresden: Die Prokuristen Martin Fritz Keller und Reneas Gregoris-Segger dürfen die Gesellschaft nur gemeinsam mit einem anderen Prokuristen vertreten, Profura ist erteilt dem Kaufmann Alfred Fritz Müller in Dresden. Er darf die Gesellschaft nur gemeinsam mit einem anderen Prokuristen vertreten;
6. auf Blatt 16157: Die offene Handelsgesellschaft Pelzwarenhaus Stödel & Stödel in Dresden. Gesellschafter sind die Kaufleute Wilhelm Hermann Stödel in Dresden und Karl Stödel in Reichenberg in Böhmen. Die Gesellschaft hat am 1. Januar 1921 begonnen. Geschäftszweig: Fabrikation von Groß- und Kleinhandel mit Pelzwaren. Geschäftsraum: Schöffergasse 2;

7. auf Blatt 15548, betr. die Firma Florig & Lito Fabrik für künstlerische Spielwaren und Gebrauchsgegenstände in Dresden: Der Fabrikbesitzer Walter Probst Wäde in Dresden ist als persönlich haftender Gesellschafter in das Handelsgeschäft eingetreten. Die hiedurch begründete offene Handelsgesellschaft hat am 8. Dezember 1920 begonnen. Profura ist erteilt dem Kaufmann Karl Edmund Otto in Dresden. Geschäftsraum: Rosenstraße 107;

8. auf Blatt 14468, betr. die Firma Alexander Ostrowski in Dresden: Die Prokurten der Buchhalterin Auguste Luise ledigen Dähberig und des Versicherungsbekanntes Franz Ostrowski sind erloschen;

9. auf Blatt 16158: Die Firma Bruno Weisner in Dresden. Der Kaufmann Bruno Max Weisner in Dresden ist Inhaber. Geschäftszweig: Betretung erster Häuser in- und ausländischer Firmen in der Lebensmittelbranche, sowie Handel mit Lebensmitteln auf eigene Rechnung. Geschäftsraum: Marienstraße 44, II;

10. auf Blatt 13106, betr. die Firma W. Weber & Co. in Blasewitz: Die Firma und die Profura des Kaufmanns Claus Eduard Wende sind erloschen;

11. auf Blatt 3871, betr. die Firma Alfred Anhalt in Dresden: Die Firma ist erloschen. 8803 Amtsgericht Dresden, Abt. III, den 4. Jan. 1921.

Auf Blatt 16156 des Handelsregisters ist heute die Gesellschaft Selbsthandelsgesellschaft mit beschränkter Haftung in Dresden und weiter folgendes eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 6. Dezember 1920 abgeschlossen und am 27. Dezember 1920 geändert worden. Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung von Mineralölen und Fetten zu technischen Zwecken und die Herstellung von anderen chemischen Erzeugnissen, sowie der Handel mit solchen und ähnlichen Gegenständen. Das Stammkapital beträgt zwanzigtausend Mark. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so ist jeder von ihnen berechtigt, die Gesellschaft allein zu vertreten. Zum Geschäftsführer ist bestellt der Kaufmann Eduard Elmson in Dresden. Geschäftsraum: Refektorienstraße 59. 8804 Amtsgericht Dresden, Abt. III, den 4. Januar 1921.

Auf Blatt 115 des Genossenschaftsregisters, betr. die Genossenschaft Blawitzer Bergbau-Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Blawitz, ist heute folgendes eingetragen worden: Die Genossenschaft ist durch Beschluß der Generalversammlung vom 16. Dezember 1920 aufgelöst worden. Paul Witte, Hermann Heißner und Franz Kleinhold sind nicht mehr Mitglieder des Vorstands (sondern Liquidatoren. 8805 Amtsgericht Dresden, Abt. III, am 4. Januar 1921.

Das im Grundbuche für 233an Blatt 840 auf den Namen Karl Friedrich Wilhelm Müllers eingetragene Grundstück soll

am 21. Februar 1921, vormittags 9 Uhr an der Gerichtsstelle, Lothringer Straße 1, I., Zimmer 118, im Wege der Zwangsversteigerung veräußert werden.

Das Grundstück ist nach dem Flurbuche 6,7 A groß und auf 61 180 M. geschätzt. Es besteht aus Wohnhaus mit Vorgarten und Hofraum und liegt in Dresden-Lößnitz, Postchappeler Straße 9.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchsamts sowie der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet. Zimmer 122.

Rechte auf Veräußerung aus dem Grundbuche sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 18. Dezember 1920 veranordneten Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls die Rechte bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden würden.

Der ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des veräußerten Gegenstandes tritt. 8806 Amtsgericht Dresden, Abt. III, den 4. Januar 1921.

Über das Vermögen des Stumpffabrikanten Max Emil Andra in Zimm, all. Inhabers der Firma M. Emil Andra beseß, wird heute am 31. Dezember 1920, nachmittags 1/2 11 Uhr das Konkursverfahren eröffnet.

Konkursverwalter Herr Rechtsanwalt Winter hier. Anmeldefrist bis zum 25. Januar 1921. Wahltermin am 28. Januar 1921, vormittags 9 Uhr. Prüfungstermin am 28. Januar 1921 vormittags 9 Uhr. Offener Arrest mit Angelegenheit bis zum 18. Januar 1921. 8837 Amtsgericht Ehrenfriedersdorf, den 31. Dez. 1920.

Über das Vermögen des Inhabers eines Freizeiteigentums und einer Manufakturwarenhandlung Friedrich Reinhard Köhner in Falkenstein, Hauptstraße 14, wird heute am 31. Dezember 1920, vormittags 10 Uhr 45 Minuten das Konkursverfahren eröffnet.

Der Rechtsanwalt Rausch, hier, wird zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 28. Januar 1921 bei dem Gerichte anzumelden.

Es wird zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des erkrankten oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie über die Verteilung eines Gläubigerauschusses und eintretenden Falles über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf

den 21. Januar 1921, vormittags 10 Uhr und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf den 5. Februar 1921, vormittags 10 Uhr vor dem unterzeichneten Gerichte, Zimmer 58, Termin anberaumt.

Allen Personen, die eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nicht an den Gemeinsschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für die sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 14. Januar 1921 Anzeige zu machen. 8807 Amtsgericht zu Falkenstein.

Im Handelsregister ist heute eingetragen worden: auf Blatt 202: Die Firma Hermann Thof & Söhne in Falkenstein ist aufgelöst. Zum Liquidator ist der Kaufmann Hermann Arthur Thof in Falkenstein bestellt;

auf Blatt 572: Die Firma Max Oscar Thof in Falkenstein mit dem Kaufmann Max Oscar Thof beseß als Inhaber. Angegebener Geschäftszweig: Spigen- und Wäschefabrikation;

auf Blatt 573: Die Firma Hermann A. Thof in Falkenstein mit dem Kaufmann Hermann Arthur Thof beseß als Inhaber. Angegebener Geschäftszweig: Spigen- und Wäschefabrikation. 8818 Amtsgericht Falkenstein, den 31. Dezember 1920.

In das hiesige Handelsregister ist eingetragen worden:

1. am 31. Dezember 1920 auf Blatt 541: Die offene Handelsgesellschaft „Gardt & Schönherr“ in Frankenberg. Gesellschafter sind der Wertmeister Hermann Walter Gardt und der Kaufmann Karl Erich Schönherr, beide in Frankenberg. Die Gesellschaft hat am 1. Dezember 1920 begonnen. Angegebener Geschäftszweig: Herstellung und Vertrieb von Zigaretten;

2. am 31. Dezember 1920 auf Blatt 312, die Firma „Schind & Potenhauer, Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ in Frankenberg betr.: Die Vertretungsbefugnis des Kaufmanns Horst Potenhauer in Wittgenborsdorf als Geschäftsführer ist erloschen. 8808 Amtsgericht Frankenberg, den 3. Januar 1921.

Auf Blatt 255 des hiesigen Handelsregisters, die Aktiengesellschaft in Firma „Vereinigung zu Frankenberg in Sachsen“ in Frankenberg betr., ist heute eingetragen worden: Die außerordentliche Generalversammlung vom 21. Oktober 1920 hat laut Protokollurkunde vom gleichen Tage die Erhöhung des Grundkapitals um fünfzehntausend Mark, zerfallend in 500 auf den Inhaber lautende Aktien zu je 1000 Mark, mithin auf eine Million Mark, beschlossen.

Dementisprechend sind die §§ 3, 4 und 28 der Satzungen abgeändert worden.

Die beschlossene Erhöhung des Grundkapitals ist erfolgt. Der Ausgabebetrag beträgt 115 % für die alten Aktionäre, 125 % für andere Personen. 8819 Amtsgericht Frankenberg, den 5. Januar 1921.

Auf Blatt 1162 des Handelsregisters, die Firma Richard Jorisch in Großschirma, Zweigniederlassung der in Hofweim bestehenden Hauptniederlassung betr., ist heute eingetragen worden: Der Kaufmann Karl Adolf Ernst Georg Wartner in Freiberg ist ausgeschieden. Die Handelsgesellschaft ist aufgelöst. Der Kaufmann Carl Richard Jorisch in Hofweim führt das Handelsgeschäft als alleiniger Inhaber fort. 8820

Amtsgericht Freiberg, am 5. Januar 1921.

Der auf den 19. Februar 1921 anberaumte Termin zur Zwangsversteigerung des Grundstücks Blatt 43 des Grundbuchs für Großschirma ist aufgehoben worden. 8809

Amtsgericht Großenhain, den 30. Dezember 1920.

Im Handelsregister Blatt 515 ist eingetragen worden: Paul Hermann Watterkeig, Holzgroßhandlung in Brandis. Der Holzhändler Paul Hermann Watterkeig in Brandis ist Inhaber. Angegebener Geschäftszweig: Handel mit allen Arten Holz, in der Hauptsache Verkauf (Auktion) vom Holzschlag. 8810

Amtsgericht Grimma, am 21. Dezember 1920.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

1. auf Blatt 497 die Firma Goetze & Co., M. u. S. D. in Großenhain. Der Gesellschaftsvertrag ist am 30. Dezember 1920 abgeschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und Fortbetrieb der bisher unter der Firma Goetze & Co. in Großenhain betriebenen Seidenweberei. Die Gesellschaft kann sich an gleichartigen industriellen Unternehmen beteiligen. Das Stammkapital beträgt 150 000 Mark. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch mindestens zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer und einen Prokuristen vertreten. Als alleiniger Geschäftsführer ist bestellt der Fabrikbesitzer Arno Georg Reichelt in Lohschwitz. Er wird noch bekanntgegeben: Der Geschäftsführer Fabrikbesitzer Arno Georg Reichelt in Lohschwitz hat seine Stammeinlage dadurch geleistet, daß er die bisher von ihm unter der Firma Goetze & Co. in Großenhain betriebene Seidenweberei mit allen Aktiven und Passiven nach der Inventur vom 31. Dezember 1920 in die Gesellschaft einlegt. Der Wert dieser Einlage wird mit 145 000 Mark angenommen;

2. auf Blatt 222, die Firma Goetze & Co. in Großenhain betr.: Die Firma ist nach Einlegung des Handelsgeschäfts in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung erloschen. 8821

Amtsgericht Großenhain, am 4. Januar 1921.

Im Handelsregister ist am 30. Dezember 1920 eingetragen worden:

auf Blatt 81, betr. die Firma Julius Lange's Leinen-Industrie Aktien-Gesellschaft in Balleisdorf. Der Gesellschaftsvertrag ist durch Beschluß der Generalversammlung vom 17. Dezember 1919 abgeändert worden;

auf Blatt 66, betr. die Firma Carl Friedrich Kranje in Großenhain, und auf Blatt 402, betr. die Firma Fabian & Kranje in Großenhain, daß dem Kaufmann Theodor Fabian in Großenhain Profura erteilt worden ist. 8811

Amtsgericht Großenhain, 4. Januar 1921.

Auf Blatt 304 des Handelsregisters ist heute die Firma Otto Vedenbruch in Ramenz und als deren Inhaber der Kaufmann Otto Conrad Richard Vedenbruch in Ramenz eingetragen worden. Gegenstand des Unternehmens ist die Fabrikation von Strickgarn und Groß- und Kleinhandel mit Textilwaren aller Art. 8838

Amtsgericht Ramenz, am 24. Dezember 1920.

In das Genossenschaftsregister ist auf dem Blatte der Kaiser-Winkler-Genossenschaft Klingenthal & Umgegend, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung in Klingenthal, Nr. 8, eingetragen worden: Die Genossenschaft ist aufgelöst; die Maschinenmeister Louis Guido Wagner in Klingenthal, Adolf Louis Weibel in Unterjachsenberg und Fritz Woght in Brunnhöfen sind Liquidatoren. Willensklärungen und Zeichnungen für die Genossenschaft sind verbindlich, wenn sie durch zwei Liquidatoren abgeben werden. 8812

Amtsgericht Klingenthal, den 22. Dezember 1920.

In das Handelsregister ist auf Blatt 388 eingetragen worden: Die Firma Zeuna Sonnera, Aktiengesellschaft (Deutsches Musikhaus) in Brunnhöfen, Zweigniederlassung der in Königberg unter der gleichen Firma bestehenden Hauptniederlassung. Gegenstand des Unternehmens ist die Fabrikation sowie der Groß- und Kleinvertrieb von sonstigen zur Musikbranche gehörigen und verwandten Artikeln, der Betrieb des Musikalien- und Buchverlags sowie die Beteiligung an gleichartigen Unternehmungen im In- und Auslande.

Das Stammkapital beträgt drei Millionen Mark, eingeteilt in dreitausend auf den Inhaber lautende Aktien von je Eintausend Mark.

Der Gesellschaftsvertrag ist am 28. November 1916 abgeschlossen und durch Beschluß der Generalversammlung vom 28. Oktober 1919 und 19. April 1920 abgeändert worden.

Zu Mitgliedern des Vorstandes sind bestellt a) der Generaldirektor Willy Pfeifer, b) der Direktor Paul Ocher, beide in Königberg i. Pr. Willensklärungen und Zeichnungen sind für die Gesellschaft verbindlich, wenn sie beim Vorhandensein mehrerer Vorstandsmitglieder durch zwei Vorstandsmitglieder gemeinschaftlich, oder durch ein Vorstandsmitglied in Gemeinschaft mit einem Prokuristen und, wenn der Vorstand nur aus einem Mitgliede besteht, von dem Vorstandsmitgliede allein abgegeben werden. 8852

Aus dem Gesellschaftsvertrage wird noch bekanntgegeben: Der Vorstand besteht aus einem oder mehreren Mitgliedern, die vom Aufsichtsrate ernannt werden. Die Generalversammlungen werden durch den Vorsitzenden des Aufsichtsrates berufen, vorbehaltlich des dem Vorlande nach den gesetzlichen Vorschriften zustehenden Rechtes. Die Einberufung ist unter Befolgung der Tagesordnung mindestens 14 Tage vor dem zur Versammlung anberaumten Tage öffentlich bekanntzumachen. Alle öffentlichen Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im „Deutschen Reichsanzeiger“ in Berlin.

Amtsgericht Klingenthal, den 24. Dezember 1920.

In das Handelsregister ist heute auf Blatt 146 eingetragen worden: Die Firma **Laufiger Maschinenfabrik Wihan & Co.** in Königsbrück. Gesellschaftsleiter der am 1. Januar 1921 errichteten offenen Handelsgesellschaft sind der Schmiedemeister **Paul Wihan** und der Kaufmann **Johannes Hammerl** in Königsbrück. Angewandter Geschäftszweig: Fabrikation und Handel landwirtschaftlicher Maschinen. 8822
Amtsgericht Königsbrück, am 4. Januar 1921.

Über das Vermögen des Händlers **Arthur Walthert** in Lauenstein, Teplitzer Straße 68, wird heute am 5. Januar 1921, mittags 12 Uhr das Konkursverfahren eröffnet.

Der Rechtsanwalt **Georg Hänersdorf** in Lauenstein wird zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 1. Februar 1921 bei dem Gericht anzumelden.

Es wird zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die im § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

den 8. Februar 1921, vormittags 11 Uhr vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anberaumt.

Über eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz hat oder zur Konkursmasse etwas schuldig ist, darf nicht an den Gemeinsschuldner veräußert oder freigesetzt, muß auch den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgeforderte Befriedigung beansprucht, dem Konkursverwalter bis zum 28. Januar 1921 anzeigen.
Amtsgericht zu Lauenstein. 8824

Auf Blatt 19638 des Handelsregisters ist heute die Firma **Verlagsabteilung des Reichsamt für die Musterwesen in Leipzig, Gesellschaft mit beschränkter Haftung** in Leipzig eingetragen und weiter folgendes veräußert worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 1. September 1920 abgeschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens ist die Bewertung der von dem Reichamt für die Musterwesen in Leipzig geschaffenen Verlagswerke, nämlich:

1. die amtlichen Maßstabbücher für die Leipziger Musterwesen in deutschen und fremdsprachlichen Ausgaben,
2. die Zeitschriften „Die Leipziger Mustermesse“, „Die Technische Messe“, „Amtliche Leipziger Messezeitung“, das beabsichtigte „Export-Journal“
3. der Führer durch die Leipziger Musterwesen,
4. Einläuferadressen,
5. Reklamemarken.

Die Übernahme weiterer Verlagswerke kann auf Grund einer besonderen Vereinbarung zwischen Reichamt und Gesellschaft erfolgen. Das Stammkapital beträgt dreißigtausend Mark. Zum Geschäftsführer ist bestellt der Direktor Dr. Raimund Köhler in Leipzig. (Aus dem Gesellschaftsvertrage wird noch bekanntgegeben: Alle Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch das Leipziger Tageblatt und die Leipziger Neuesten Nachrichten.) 8828
Amtsgericht Leipzig, Abt. II B, den 4. Jan. 1921.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

1. auf Blatt 19635 die Firma **Wabst & Lehmann** in Leipzig (Rühl 47). Gesellschaftsleiter sind die Kaufleute **Carl Hermann Wabst** und **Karl Reinhold Georg Lehmann**, beide in Leipzig. Die Gesellschaft ist am 1. Januar 1921 errichtet. (Angewandter Geschäftszweig: Rauchwarenhandelsgeschäft);

2. auf Blatt 19636 die Firma **Etto & Stoll** in Leipzig (Promenadenstr. 24). Gesellschaftsleiter sind die Kaufleute **Richard Joachim Heinrich Stoll** und **Ernst Gustav Robert Etto**, beide in Leipzig. Die Gesellschaft ist am 1. Januar 1921 errichtet. (An-

gewandter Geschäftszweig: Herstellung von chemisch-technischen Artikeln und Handel mit solchen)

3. auf Blatt 60, betr. die Firma **Franz Wagner** in Leipzig: Procura ist erteilt den Buchhändlern **Johann Max Stumpf** und **Hugo Martin Gomb** **Otto**, beide in Leipzig. Jeder von ihnen darf die Firma nur in Gemeinschaft mit einem anderen Prokuristen vertreten;

4. auf Blatt 2878, betr. die Firma **Friedrich Schneider** in Leipzig: Procura ist erteilt an Reinhardt Steig in Leipzig;

5. auf Blatt 13645, betr. die Firma **Reinigungs-Gesellschaft „Caxonia“ Höpner & Hölcher** in Leipzig: Procura ist erteilt dem Kaufmann **Heinrich Kraßelt** in Leipzig;

6. auf Blatt 14419, betr. die Firma **Wulff Schick & Co.** in Leipzig: Der Kommanditist ist ausgeschieden;

7. auf Blatt 17039, betr. die Firma **Bereinigter Tauernwälder-Industrie, Gesellschaft mit beschränkter Haftung** in Leipzig: Der Gesellschaftsvertrag ist durch Beschluß der Gesellschaft vom 3. Dezember 1920 laut Notariatsprotokoll von diesem Tage abgeändert worden. **Rathus von Rahn** ist als Geschäftsführer ausgeschieden. Zum Geschäftsführer ist bestellt der Kaufmann **Richard Sevin** in Leipzig;

8. auf Blatt 10860, betr. die Firma **Seiler & Co.** in Leipzig: **Gustav Seiler** ist — infolge Ablebens — als Inhaber ausgeschieden. Inhaber sind seine in ungeteilter Erbgemeinschaft lebenden Erben **Ida Elisabeth verw. Seiler** geb. Stirn und der minderjährige **Helmut Oswald Seiler**, beide in Leipzig;

9. auf Blatt 10494, betr. die Firma **Oswald Seiler** in Leipzig: Die Firma ist erloschen;

10. auf Blatt 16008, betr. die Firma **Bereinigte Jäger, Rothe & Siemens-Werke Aktien-Gesellschaft** in Leipzig: Die Generalversammlung vom 9. Dezember 1920 hat die Erhöhung des Stammkapitals um 5 000 000 Mark, geschildert in 2500 Stammaktien zu je 1000 Mark und in 2500 Vorzugsaktien zu je 1000 Mark, mithin auf 12 500 000 Mark, beschlossen. Diese Erhöhung ist bereits erfolgt. Der Gesellschaftsvertrag vom 10. Dezember 1913 ist durch den gleichen Beschluß laut Notariatsprotokoll vom 9. Dezember 1920 in den §§ 5, 6, 40 und 42 abgeändert worden. (Hierzu wird noch bekanntgegeben: Die Vorzugsaktien erhalten eine Dividende von 6 v. H. in Vorschlag vor der auf die Stammaktien entfallenden Dividende und den Anspruch auf Nachzahlung dieser 6 v. H., insofern und insofern in vorausgegangen Jahren weniger als 6 v. H. Dividende auf sie verteilt worden ist. In den Jahren, in welchen die Gesellschaft an die Stammaktionäre mehr als 10 % zur Verteilung bringt, erhalten die Vorzugsaktionäre für jedes volle Prozent, das die Stammaktionäre über 10 % erhalten, eine Nachdividende von 1/2 %, jedoch nur bis zur Höchstgrenze von insgesamt 8 % einschließlich der 6 %igen Vorzugsdividende. Die Gesellschaft hat das Recht, die Vorzugsaktien vom 1. Januar 1924 ab jederzeit ganz oder teilweise nach mindestens sechsmonatlicher Kündigung mit 115 v. H. ihres Nennbetrags zurückzuzahlen. Die Rückzahlung darf nur aus dem nach der jährlichen Bilanz sich ergebenden Gewinn erfolgen, der zu diesem Zwecke aus einem Dividenden-Rücklagefonds ergänzt werden kann, der durch Beschluß der Generalversammlung für diesen Zweck gebildet ist. Im Falle der Auflösung der Gesellschaft haben die Vorzugsaktien Anspruch auf Auszahlung ihres Nennbetrags zuzüglich 15 v. H. Aufgeld und der etwa rückständigen Dividenden vor den Stammaktionären. Die neuen Aktien lauten auf den Inhaber. Sie werden, soweit sie Stammaktien sind, zum Kurse von 110 % und, soweit sie Vorzugsaktien sind, zum Kurse von 102 % ausgegeben.)

Amtsgericht Leipzig, Abt. II B, den 4. Januar 1921.

Auf Blatt 466 des Handelsregisters ist heute die Firma **Emil Mayer Schuhfabrik in Raudorf** und der Kaufmann **Emil Mayer** in Niederlöbnitz als Inhaber eingetragen worden. 8823
Amtsgericht Röhlsdorf, den 4. Januar 1921.

Auf Blatt 19637 des Handelsregisters ist heute die Firma **Wachs, Ocker & Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung** in Leipzig (Reuditz, Kreuzstraße 17) eingetragen und weiter folgendes veräußert worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 15. November 1920 abgeschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens ist der An- und Verkauf und die Bewertung von Bekleidungsgegenständen, insbesondere des Reizes, zu den Vorstellungen im hiesigen Operetten-Theater zu Leipzig Lichtüber vorzuführen. Das Stammkapital beträgt zwanzigtausend Mark. Zum Geschäftsführer ist bestellt der Kaufmann **Max Georg Henry Seiler** in Leipzig. 8827
Amtsgericht Leipzig, Abt. II B, den 4. Jan. 1921.

Auf Blatt 19634 des Handelsregisters ist heute die Firma **Angewandte Kunst Wiesbaden, Gradbenmal- & Friedhof-Rund-Wiesbaden-Gesellschaft mit beschränkter Haftung** in Leipzig (Schloßgasse 11), Zweigniederlassung der in Wiesbaden unter der gleichen Firma bestehenden Hauptniederlassung eingetragen und weiter folgendes veräußert worden. Der Gesellschaftsvertrag ist am 26. Oktober 1920 abgeschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb des bisher von dem Architekten **Kurt Hoppe** betriebenen Architekturbüros für angewandte Kunst, Gradbenmal- und Friedhofskunst, es bezweckt die Beratung des Publikums bei der Bestellung derartiger Werke, ihren künstlerischen Entwurf, die Vergabung der Aufträge zur Ausführung und deren künstlerische Überwachung unter Berücksichtigung von Gebühren, wofür die Gebührenordnung des Bundes Deutscher Architekten als Mindestgrenze gilt, sowie der Abwicklung von Geschäften, welche mittelbar oder unmittelbar hiermit zusammenhängen. Das Stammkapital beträgt zwanzigtausend Mark. Zum Geschäftsführer ist bestellt der Architekt **Kurt Hoppe** in Wiesbaden. Aus dem Gesellschaftsvertrage wird noch bekanntgegeben: Der Gesellschaftsleiter **Kurt Hoppe** in Wiesbaden bringt in Anrechnung auf seine Stammeinlage das gesamte Inventar in den Geschäftsräumen in Wiesbaden, Nikolaistraße 3, und in Leipzig, Schloßgasse 11, bestehend in Möbeln, Schreibmaschinen, Photographien und dergl. Der Wert dieser Sacheinlage ist auf 15 000 M. festgesetzt worden. 8825
Amtsgericht Leipzig, Abt. II B, am 4. Januar 1921.

Im hiesigen Handelsregister ist heute auf Blatt 207, die Firma **Wolff Weidenmüller** in Lengenfeld betr., eingetragen worden: In das Handelsregister ist eingetragen der **Früchtmacher Wolff Etto Weidenmüller** in Lengenfeld. Die Gesellschaft ist am 27. Dezember 1920 errichtet worden. 8829
Amtsgericht Lengenfeld, den 5. Januar 1921.

Auf dem Blatte 23 des Genossenschaftsregisters, die **Heischereigenossenschaft Lössen und Umgebung, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung** in Lössen betr., ist heute eingetragen worden, daß das Statut abgeändert worden ist und die Haftung jedes Genossen 1000 M. für jeden Geschäftsanteil beträgt. 8839
Amtsgericht Lössen, den 31. Dezember 1920.

Auf dem Blatte der Genossenschaft **Laufiger Textilwerke, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung** in Lössen, Nr. 22 des Genossenschaftsregisters, ist heute eingetragen worden, daß **Max Jachse** in Straßwalde aus dem Vorstand geschieden und dafür **Fritz Freileben** in Straßwalde Mitglied des Vorstandes geworden ist. Amtsgericht Lössen, den 3. Januar 1921.

Auf Blatt 1686 des Handelsregisters ist heute die Firma **Karl Hl. Eger** in Meerane und als Inhaber derselben der Kaufmann **Karl Florenz Eger** selbst sowie weiter eingetragen worden: Der Kaufmann **Walter Erich Eger** in Meerane ist als persönlich haftender Gesellschafter in das Handelsgeschäft eingetreten. Die dadurch gegründete offene Handelsgesellschaft hat am 1. Januar 1921 begonnen. Angewandter Geschäftszweig: Großhandel mit Waren und Wertpapieren. 8830
Amtsgericht Meerane, den 4. Januar 1921.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden: a) auf Blatt 377, betr. die Firma **Holzindustrie-Werke J. & S. Schmidt in Kröden**, daß dem **Wilhelm Sauer** in Kröden Procura erteilt worden ist; b) auf Blatt 411, betr. die Firma **Holzgroßhandlung Franz Schmidt in Kröden**, daß dem **Wilhelm Sauer** in Kröden Procura erteilt worden ist. 8813
Das Amtsgericht Haderberg, am 30. Dezember 1920.

Das im Grundbuche für Vermögen Blatt 37 auf den Namen des am 26. Februar 1912 verstorbenen Wirtschaftsbefizers **Friedrich Anton Nechschmidt** eingetragene Grundstück soll am

2. März 1921, vormittags 12 Uhr an der Gerichtsstelle zur Aufhebung der Erbengemeinschaft im Wege der Zwangsversteigerung veräußert werden.

Das Grundstück ist nach dem Flurbuche 4 Hektar 83,6 Ar groß und auf 23 500 M. geschätzt. Es besteht aus Wohngebäude mit gewölbtem Stall, Futterboden, Keller und Scheune sowie aus Garten, Feld, Wiese und Nichtenhofswald und ist unter Nr. 42 der Ortsliste für Vermögen mit 14 400 M. zur Landesbrandkasse eingeschätzt. Die Einricht der Ritzungen des Grundbuchamts sowie der übrigen des Grundbuch betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gefastet. Rechte auf Befriedigung aus dem Grundstücke sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 1. Dezember 1920 veräußerten Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Auforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls die Rechte bei der Feststellung des geringsten Gebotes nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden würden. Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Einleitung des Zuschlags die Aufhebung oder die einseitige Einstellung des Verfahrens herbeiführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des veräußerten Gegenstandes tritt. 8831
Amtsgericht Schwarzenberg, den 27. Dezember 1920.

Auf dem die offene Handelsgesellschaft in Firma **Gustav Jacob** in Wurzen betreffenden Blatte 207 des hiesigen Handelsregisters ist heute eingetragen worden, daß der **Handbrückermeister Etto Jacob** in Wurzen ausgeschieden, die Gesellschaft aufgelöst ist und das Handelsgeschäft unter der bisherigen Firma von **Altra Annscha Emilie** verw. **Jacob** geb. **Jacharias** in Wurzen fortgesetzt wird. 8832
Amtsgericht Wurzen, am 31. Dezember 1920.

In das Handelsregister ist heute auf Blatt 22 (210) die Firma **Gustav Ad. Kaufmann** in Niederzöschel betr., auf Blatt 78 (441), und auf Blatt 170, die Firma **Ernst Krenkauer, Großschloßbrennerei**, in Zschallheim betr., eingetragen worden, daß diese Firmen erloschen sind. 8833
Amtsgericht Zschallheim, den 30. Dezember 1920.

Vertreterversammlung des Sächsischen Lehrervereins.

(Fortsetzung.)

Dresden, 6. Januar. Am 3. Verhandlungstage wurde ein Antrag angenommen, dahingehend, daß das Ministerium ersucht werden soll, Fortbildungskurse für Junglehrer, wo solche bestehen, als amtlich anzuerkennen und dafür in solchen Bezirken die Höflichkeitkonferenzen ausfallen zu lassen.

Über das umfangreiche Rechnungswert für die Jahre 1918/1920, das in Einnahme und Ausgabe mit 1 089 800 M. abschließt, erstattete Sonntag-Zwickau Bericht, wonach die Genehmigung ausgesprochen wurde. Ebenso wurde die Verteilung von Weihnachtsgeldern in Höhe von 24 000 M. an notleidende Lehrerswitwen und -waisen nachträglich genehmigt. Für die Comeniusbibliothek in Leipzig wurden 20 000 M. bewilligt. Dem Antrage des Vorstandes wurde zugestimmt, auch Rechnungsmäßigkeit durch den bekannten Beschluß der Synode, der schärfsten Widerspruch erfährt, geldliche Schädigung erleiden, zu unterstützen. Für die akademischen Ferienkurse wurde die Summe um 3000 M. erhöht; es soll versucht werden, auch solche in Dresden einzurichten. Die Wahl zu dem einzurichtenden Landeslehrerrat wurde vorgenommen, ebenso einige Satzungsänderungen. Die Besprechung der von Thiem-Löbau aufgestellten Leitlinie „Zur Staatsbürgerlichen Erziehung, Staatsbürgerkunde und Reichsvereinfassung“ schloß die Verhandlung ab.

Die Vertreterversammlung des Sächsischen Lehrervereins begrüßt es, daß der Arbeitsschulgedanke durch die Reichsvereinfassung anerkannt worden ist. Sie hält aber seine Durchführung in einem Einzelfache („Arbeitsunterricht als Lehrfach“) für unzureichend, weil dadurch die Gefahr der Veräußerlichung gegeben ist. Auf Grund praktischer Versuche

und wissenschaftlicher Ermüdungen fordert sie vielmehr den Ausbau der gesamten Schule als Arbeitsschule. Sie fordert weiter von der Landesregierung, zur Verwirklichung der Arbeitsschule die Einrichtung von Versuchsklassen und Versuchsschulen durch Bereitstellung von Mitteln zu fördern. Zur Verwirklichung der neuen Schule im Sinne des sächsischen Übergangsschulgesetzes verlangt der S. L. V. völlige Lehrplanfreiheit zunächst auf die Dauer des nächsten Schuljahres unter der Bestimmung, daß die Lehrer, die davon Gebrauch machen wollen, Arbeitsberichte fassen.

„Die Stellung der Fortbildungsschule im gesamten Erziehungswesen“ behandelten Leitzüge vom Bezirkslehrer **Sturm-Dippoldswalde**, die mit den Ergebnissen der Aussprache dem Vorstande als Material zur Klärung der Frage überwiesen wurden. Es wurde eine Erklärung dahingehend angenommen, daß die Berufsschule nicht dem Wirtschaftswesen, sondern dem Unterrichtsministerium unterstellt werden soll. Die Tagung wurde gegen 4 Uhr nachmittags mit einem Schlussworte des Vorsitzenden **Wiesberg** beendet, in dem er auf die geleistete reiche Arbeit mit Dank gegen die Vertreter hinwies, der von diesen für den Vorstand erwidert wurde.

Heißkrättenbehandlung für Alkoholfranke.

Nachdem im Auslande und in verschiedenen deutschen Gliedstaaten schon seit langen Jahren Trinkerheilkrätten mit bestem Erfolg der Heilbehandlung der Trunksucht gedient haben, hat im Jahre 1904 auch Sachsen eine solche Wohlfahrts-einrichtung erhalten. Der für diesen Zweck gegründete **Verein „Sächsische Heilkrätten für Alkoholfranke e. V.“** in Dresden hat, kräftig unterstützt von der sächsischen Staatsregierung und unter Beihilfe anderer öffentlicher Körperschaften und privater Kreise, die Heilkrätte für Alkoholfranke „Seefrieden“ bei Roripung errichtet, in welcher schon weit über 600 Kranke Heilung gefunden haben. Die Heilkrätte nehmen nur männliche Alkoholfranke jeden Standes und jeder Konfession zu mäßigen Verpflegung auf. Die Heilkrätte ist eine unter ärztlicher Leitung stehende offene Anstalt, in der die Anwendung von Zwangsmassnahmen jeglicher Art grundsätzlich ausgeschlossen ist. Mündliche und schriftliche Aus-

sätze, die durchaus vertraulich behandelt werden, erteilt unter Behauptung von Prospekten der Heilkrätten-Vorstände **H. Brunert**, Dresden-Grüna, Heilstraße 14, II (Fernsprecher 17558). Sprechstunden überdies Montags, abends 5 bis 7 Uhr, in der Geschäftsstelle Dresden-N., Wochmannstraße 19, Erdgesch. 19.

Dresdner Hauptausch für Leibesübungen.

(Hofmeisterstraße 149 — Fernsprecher 30641)

Der Arbeitsausch nahm in seiner letzten Sitzung Kenntnis von der Gewählung einer Beihilfe von 420 M. durch das Kultusministerium und von der Entsendung des Obersekretärs **Flugbeil** als Vertreter der Turner in den sächsischen Ausschuss für Leibesübungen.

Obersekretär **Flugbeil** berichtete über die Reueildung des sächsischen Ausschusses für Leibesübungen. Der Gau Ostschlesien, der nach dem Ergebnis der letzten Wahl in diesem Ausschuss unvertreten ist, verlangte sich und Stimme für einen Vertreter des Sports; **H. Renner**, der als Vertreter der Schwimmer bestimmt worden war, verzichtete auf die Wahl. Abgeordnet wurden nunmehr die Herren **Flugbeil (D.)**, **Weschen (Gau Ostschlesien)** und **Hr. Bier**. Als dritter Vertreter wird für den Fall, daß dem D. M. f. V. ein dritter männlicher Vertreter zugewilligt wird, ein Schwimmer vorgezogen, dessen Wahl der Schwimmgruppe überlassen bleibt. Weiter wurde beschlossen, für den D. M. f. V. einen Vertreter in die sächsische Geschäftsstelle für Leibesübungen zu fordern. Als Tag der Jahreshauptversammlung wurde der 26. Januar festgesetzt und die vorgesehene Tagesordnung genehmigt; ebenso stimmte man der Verbreitung eines Werbeauftrags zu. Die Frage der neu zu beschaffenden Ehrenurkunden wurde einem aus den Herren **Goche, Müller** und **Gnaud** bestehenden Ausschuss zur Prüfung übertragen. Über die Benutzung des vom D. M. f. V. erpachteten Palaistades berichtete **H. Winkler**; zur Vermeidung von Unzutrefflichkeiten muß jede Gruppe einen Obmann bestellen, der die Verantwortung zu übernehmen hat. Das Frauenturn- und Sportfest hat nach dem Bericht des **Hrn. Benzl** trotz geringen Besuchs einen kleinen Überschuss gebracht; es soll in diesem Jahre im Rahmen der Kampfsportwoche wiederholt werden. Schließlich wurde noch beschlossen, die **Turnergemeinschaft** ohne Beitragsleistung aufzunehmen.

Gründung einer wärmetechnischen Beratungsstelle für gußeiserne Ofen.

Die Vereinigung Deutscher Ofenfabrikanten, in der sämtliche Hersteller eiserner Ofen zusammengeschlossen sind, hat mit dem Sitz in Berlin eine wärmetechnische Abteilung gegründet, die den Zweck haben soll, alle zuständigen Stellen in Bezug auf den eisernen Ofen zu beraten. Die Stelle soll die Aufgabe haben, mit den behördlichen heizungstechnischen Kommissionen in tuniger Fühlung zu treten und öffentlichen Instituten, Sachverständigenkommissionen, Bauherren, Architekten, insbesondere aber der Einwohnerschaft mit Auskünften, die sich auf die geeignete Anwendung des eisernen Ofens beziehen, zur Verfügung zu stehen. Es ist in Aussicht genommen, in allen deutschen Städten und Provinzen heizungstechnische Ausschüsse für eisernen Ofen zu errichten, um eine planmäßige Beratung aller beteiligten Kreise in die Wege zu leiten. Die Beratungsstelle hat bis auf weiteres ihren Sitz in Berlin-Charlottenburg und führt den Namen: **Vereinigung Deutscher Ofenfabrikanten, Wärmetechnische Abteilung**, Charlottenburg, Rantstraße 3. Allen Interessenten werden auf Anfrage jederzeit eingehende Auskünfte erteilt.

Bunte Chronik.

DA. Paris, 5. Januar. Die Strafkammer hat in Übereinkunft mit dem Generalstaatsanwalt **Godefroy** beschlossen, den **Waffenmörder Landru** vor den Assisenhof der Seine zur Verurteilung zu stellen. Landru hat bekanntlich zehn seiner Bräute im Laufe der Zeit verschwinden lassen, um deren Lebensversicherungspolice für sich ausnutzen zu können. Er hat außerdem verschiedene Diebstähle und andere Schwindeltriebe begangen. Angehends der Häufung der Straftaten rechnete man mit etwa 30 Sitzungstagen. Der Prozeß wird in den ersten Tagen des März endlich beginnen. Wie man sich erinnern dürfte, ist Landru bereits monatelang in Untersuchungshaft, in deren Verlauf er schon mehrfach wegen feinerer Vergehen verurteilt wurde.

DA. Bordeaux, 5. Januar. Im Verbrechen wie es in solcher Unmenslichkeit glücklicherweise nur selten vorkommt, ist in Bordeaux verübt worden. Die Witwe **Gageou** drang nachts in das Schlaf-

gimmer über 18-jährigen Tochter ein, bezog das Bett der Schloßkammer mit Petroform und feste es im Brand. Als die Tochter erwachte und sich aus den Klammern zu teilen versuchte, wurde sie von der entmenschten Mutter daran gehindert, die ihr mit einem Messer wunde Schläge auf den Kopf ver setzte, so daß die klagliche die klagliche Brandwunden am ganzen Körper erlitt. Das Mädchen wurde in hoffnungslosem Zustande ins Krankenhaus transportiert, wo sie aber noch die klagliche Genuß, die sie jeden erlitt habe, zu schildern die Kraft hatte, worauf die Polizei zur Verhaftung der verurteilten Mutter schritt.

Berlin, 6. Januar. Der Braunschweiger Kriminalpolizei ist es gelungen, nach heftiger Gegenwehr vier an dem Postlande in Braunschweig beteiligte Personen, die Bargeld und Wertgegenstände in Höhe von 150.000 M. geraubt hatten, zu verhaften.

Kuß dem Reiche.

Songerkhausen. Hier sind an die Stelle der 10 ausgeschiedenen sozialdemokratischen Stadtverordneten kommunalistische Stadtverordnete getreten, so daß den 14 bürgerlichen 16 kommunalistische Stadtverordnete gegenüberstehen. In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde demzufolge auch der Kommunist Bratz zum Ratschef gewählt. Die bürgerlichen Stadtverordneten verließen hierauf die Sitzung, und die Kommunisten leiteten die Ein-Lösungsfestung ganz nach ihren Wünschen fort.

Volkswirtschaftliches. Die Sächsische Staatsbank.

Die aus der früheren Lotteriedarlehenkasse in Leipzig hervorgegangene, hat zunächst deren Aufgabe übernommen, verfügbare Lotterien- und Staatsgelder gegen Unterpfand an alle Berufsstände in Handel und Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft zu möglichem Finsz auszuliehen. Darüber hinaus ist die Sächsische Staatsbank bereits vor einiger Zeit zu einer Anstalt erweitert worden, die alle hauptsächlichsten Zweige des Bankgeschäfts betreibt. Während die Staatsbank bisher auf ihre Niederlassungen in Dresden und Leipzig beschränkt war, hat sie am 3. Januar 1921 in Jividau, Hauptmarkt 4, ihre Tätigkeit aufgenommen. Die allgemeinen Leitungsgrundsätze und die den staatlichen Betrieben besonders obliegende Pflicht zur Sparsamkeit verbieten einen Ausbau oder einen Umbau größeren Umfangs. Immerhin gelang es, in dem früheren Geschäftsbau der Dresdener Bank in Jividau, Hauptmarkt 4, Räume für die Staatsbank freizumachen, die geeignet sind, den Bedürfnissen eines neuzeitlichen Bankbetriebes in jeder Weise gerecht zu werden. Eine Stahlfabrik bietet sichere Aufbewahrungsmöglichkeiten für Wertgegenstände aller Art, in der auch Wertgegenstände in verschiedenen Größen der Kundschaft zur Verfügung stehen werden. In sich abgeschlossene, zweckmäßig eingerichtete Kabinen dienen der ungehinderten Erledigung der an den aufbewahrten Wertgegenständen vorzunehmenden Arbeiten. Die Staatsbank, die unter sachkundiger Leitung und mit hundertwundert geschultem Personal arbeitet, stellt ihre Dienste und Einrichtungen nicht nur staatlichen Betrieben und Behörden, sondern auch privater Kundschaft zur Verfügung. Sie eröffnet laufende Rechnungen und provisorische Scheckrechnungen zur Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs, nimmt Depositenlagen und Depositionsgelder zur Verfügung entgegen, gewährt Darlehen auf feste Termine und in laufender Rechnung gegen Sicherheit, vermittelt den An- und Verkauf von Wertpapieren an allen Börsenplätzen, übernimmt die Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren u. a. Die Bestimmungen über die einzelnen Geschäftszweige, zu einem Gesetzbuch vereint, werden an der Kasse bereitwillig abgegeben. Bei der Staatsbank angelegte Gelder gelten gemäß § 1808 S.O.B. als minderbefreit. Die Anstalt steht unter Staatsaufsicht und Staatsgarantie, sie bietet deshalb die denkbar größte Sicherheit. Die erzielten Reingewinne fließen restlos der Staatskasse zu und kommen somit der Allgemeinheit zugute.

Bergbau.

Der Verfassung der gestrigen Morgenausgabe des „Vorwärts“ erörtert die monatliche Kohlenabgabe Deutschlands an den Verband und stellt die dabei erzielten Profite der Kohlenbarone fest. Für die Reichsfinanzen ist es von wichtiger Bedeutung, wie sich die Kohlen-, Koks- und Breiheitspreise gestalten; muß doch das Reich die 2 Mill. Tonnen Spalkohol, für die es keine Bezahlung von dem Verbands erhält, selbst einkaufen. Es ist in der Öffentlichkeit nicht bekannt geworden, ob sich der Reichstag schon einmal gründlich mit der Frage beschäftigt hat, welche Preise das Reich den privaten Bergwerksunternehmern für die Ententlofen zahlet. Es ist eine sehr dringliche Aufgabe des Reichstages, von der Regierung die Belege für ihren Abrechnungsvortrag mit den Verkäufern der Ententlofen einzuordern, um festzustellen, wie hoch der Profit ist, den die Grubenbesitzer auch bei der Lieferung der Ententlofen einstecken! Alle Reichsausgaben müssen schließlich vom Volke durch Steuern wieder gedeckt werden. Wenn auch „nur 2 M.“ pro Tonne mehr, als unbedingt erforderlich ist, den Kohlenverkäufern gezahlt werden, so macht das jährlich schon 48 Mill. aus.

Der Wiederaufbau Deutschlands.

In einem Leitartikel Dr. Heine. Dieses in der „Ved. Landbeilage“ heißt es: Es muß unsere Hauptaufgabe für das Wirtschaftsjahr 1921 sein, eine Verbesserung der Nahrungsmittelbeschaffung und der Wohnungsmöglichkeit herbeizuführen. Zur höheren Getreideerzeugung sollte das Reich produktive Wirtschaftspolitik treiben durch Verbilligung der Düngemittel. Dadurch würden die Weltmarktwerte erpariert und die Ernte des teureren Auslandsgereides herabgemindert. Das Wohnungswesen liegt sehr im Argen. Auch hier muß das Reich helfen, was den einzelnen Städten und Gemein den, ja den Ländern nicht möglich ist. Nicht minder sollte die Industrie an ihrem Teile mehr als bisher bemüht sein, die Wohnungswirtschaft zu befähigen. Dr. D. nennt aus, der Direktor der Verein Wandbauverein, berichtet den Gedanken, daß der wohnungswirtschaftliche Angelegenheiten über-

Arbeiter eines großen Fabrikunternehmens zur Hilfe beim Wohnungsbau herangezogen würde.

Was der Tätigkeit der Handelskammer Dresden. Wegen die vom Rat der Stadt Dresden beabsichtigte Auserlegung einer einmaligen als Gewerbesteuer bezeichneten Steuer, die sich als eine einseitige Mietsteuer für die selbständige Gewerbe- und Berufsausübung darstellt, erhob die Kammer Einspruch. Der Einspruch erfolgte außer wegen der neuen harten Belastung des Gewerbetreibenden auch deshalb, weil diese Steuer als Mietsteuer zunächst der Reichsmöglichkeit entbehrt, da sie eine einseitige Belastung des selbständigen Gewerbes darstellt. Ebenso fehlt der Steuer die Reichsmöglichkeit, da sie die selbständigen Berufstätigen nach einem ganz außerordentlichen Maßmaß trifft, das vielleicht in keinem Verhältnis zur Größe und Leistungsfähigkeit des Unternehmens steht und infolge seiner Einseitigkeit und Ungleichmäßigkeit ungewollte Elemente, wie Schieber usw., ganz freisetzt.

In einem Bericht an die Reichshauptmannschaft Dresden wurde erklärt, daß, wenn auch die Wünsche des Jividauhandels, der in Pirna und Riesa Sonntag zum Verkauf zugelassen werden möchte, verständlich seien, da fast ausschließlich die überall zugelassenen Lebensmittelgeschäfte auch Jividau verkaufen, so würde ihnen doch nicht entsprochen werden. Am besten würde den Klagen dadurch abgeholfen werden, daß der Sonntagverkauf hinsichtlich der Abgrenzung der zugelassenen Warenzweige und Festlegung der Verkaufsstunden mehr vereinfacht werde. Dem Stadtrat von Radeberg gegenüber wurde das Offenhalten der Schaufenster an Sonn- und Feiertagen bestritten. Abgesehen davon, daß die Sichtbarkeit der Schaufenster keine Zeit hätten, dies an Sonntagen in Frage zu stellen, und sich dann über die Anschaffung dieser oder jener Dinge an anderen Tagen schlüssig werden. In einem Bericht an den deutschen Industrie- und Handelsrat wurde der Standpunkt vertreten, daß auch die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Benzol zu begrüßen wäre und daß dadurch keine Versorgungsschwierigkeiten bei der Industrie entstehen würden. Nach Aufhebung der Zwangswirtschaft sei auch die Sicherstellung eines bestimmten Rohstoffes für Sachsen nicht erforderlich, da die Bedarfsmengen im freien Verkehr beschafft werden könnten.

Plan einer internationalen Weltausstellung, Mexiko 1921?

Auf Anregung des Verbandes mexikanischer Ingenieure ist vorzeitig vor einiger Zeit der Plan entstanden, zur Erinnerung an die 100-jährige Unabhängigkeit des Landes im Jahre 1921 eine internationale Weltausstellung in der Hauptstadt zu veranstalten. Die endgültige Entscheidung über die Durchführung des Ausstellungsplanes ist übrigens von der am 1. Dezember v. J. abgetretenen Regierung dem neuen Präsidenten, General Obregon, überlassen worden.

Der Berliner Effektenmarkt.

Der Effektenmarkt war in der ersten Hälfte des Monats Dezember 1920 geschäftsunlustig. In der äußeren Politik entsprachen die Vorgänge auf der Weltbörse in der Regel auch nicht annähernd den gehegten Erwartungen. Die Meldungen über Abschließungen im Ausland, sowohl in den Verbandsstaaten als auch in neutralen Ländern, wurden für die Chancen der Exportindustrie ungünstig beurteilt. Während wickelten ferner die Streikandrohungen einzelner Kategorien von Reichsbeamten, sowie die Bedrohung des mobilen Kapitals durch weitere steuerliche Maßnahmen. Die Kurse wurden rückläufig, nicht, weil erhebliche Verkaufsaufträge vorlagen, sondern weil es an neuen Käuferinteressen fehlte. Eine gewisse Stütze des Kursniveaus war dadurch vorhanden, daß das Privatpublikum aus steuerlichen Erwägungen keine Reue zeigte, die zu weit niedrigeren Kursen als den gegenwärtigen gekauften Werte zu realisieren, zumal angeführt des Umstandes, daß noch keine Entscheidung darüber vorliegt, ob das Jahr 1920 zweimal der Veranlagung der Einkommensteuer zugrunde gelegt wird. In diesem Falle würden die erzielten Gewinne durch die hohen Steuerzüge so gut wie ganz ausgeglichen werden. In einzelnen Effekten fürten teils Nachkäufen von bevorstehenden Kapitalerhöhungen, teils Interessentkäufe (Harpen, Drenstein & Koppel, Hannoverische Maschinen, Kalmes & Co., Maschinenfabrik Augsburg-Münchener, Chamotte Dier, Demberg, Th. Goldschmidt) den Markt. Auch einige Spinnereiwerte und vorübergehende Schiffahrtsaktien lagen fest. In der zweiten Monatshälfte und besonders vor den Weihnachtsfeiertagen wurde das Geschäft unter steigenden Kursen wieder lebhafter. Der Umstand, daß die Notiz für den Dollar von 69 in der letzten Novemberwoche auf etwa 74 1/2 in der zweiten Dezemberwoche stieg, trug viel dazu bei, daß das Publikum, das sich bei seinen Erwägungen vornehmlich von dieser Notierung leiten ließ, neue spekulative Käufe vornahm, aus denen eine Aufwärtsbewegung in der zweiten Hälfte des Monats entstand. In der erwähnten Aufwärtsbewegung waren besonders die Kursrückstellungen in den Aktien der Elektrizitätswerke beachtenswert. Auch die Aktien der großen chemischen Fabriken konnten die in der ersten Monatshälfte unter Einwirkung des neuen englischen Gesetzes gegen die Paraffineinfuhr erlittenen Kursrückstellungen wieder einholen. Dagegen verloren unter den Schiffahrtswerten nach Einstellung der Interessentkäufe die Aktien der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft recht erheblich. Die Kursrückstellung der Kalmes folgte der allgemeinen Tendenz, nur verdeckt durch die besonderen Verhältnisse dieser Verkehrslinie, deren Absatz im Inlande Verlust bringt, und für die neuen Exportabstufungen, die zurzeit fehlen. Erst in der letzten Dezemberwoche zeigte dieser Markt eine gewisse Festigkeit. Unter den ausländischen Papieren war sehr erheblich der Rückgang in mexikanischen Anleihen, hervorgerufen durch die rückläufige Tendenz an der Londoner Börse. Der Markt schloß in unsicherer Haltung. Die Ungewissheit über die Ergebnisse der Verhandlungen in Brüssel sowie die allgemeine Wirtschaftslage halten den Markt unter Druck.

Hofbrauhaus Wollers und Salzen H. G., Braunschweig.

Das erste gemeinsame Geschäftsjahr dieser beiden verbundenen Brauereien hat einen Gewinn in Höhe von 664.007 M. abgeworfen, aus dem nach 154.821 M. Abschreibungen an die Aktionäre 10 % verteilt werden sollen. Für die härtesten Biers, die mit Beginn des neuen Geschäftsjahres wieder gebraut werden, muß Auslandsmalz benutzt werden, das noch im vergangenen Preise befristet. Zuweisung von Gerste ist durch die Verteilungstelle noch nicht erfolgt. Die Schuld daran liegt an dem Stillstand der Ernte.

Sächsische Turbinenbau- und Maschinenfabrik Aktiengesellschaft vorm. A. Rehnert & Co. in Meißen.

Das abgelaufene Geschäftsjahr erbrachte dem Unternehmen, obwohl es seine Betriebsstätten nicht annähernd voll ausnützen konnte, einen Warenturnover von 1.106.541 M. (172.951 M.) und trotz Erhöhung der Lasten auf 860.142 M. (204.739 M.) einen nach 78.868 M. (51.268 M.) Abschreibungen und 85.897 M. (0) Rückstellungen 97.778 M. Reingewinn ausgewiesen werden, während sich im Vorjahre 47.259 M. Verlust ergeben hatten, die durch Entnahme aus den Rücklagen gedeckt wurden. Die in Dresden abgehaltene Aktionärsversammlung beschloß einstimmig 8 % auszuschütten und 20.537 M. vorzutragen. Der Vorsitzende wies darauf hin, daß auch in geldlicher Beziehung die Gesellschaft Fortschritte gemacht habe und über 120 % des Aktienkapitals als Bankguthaben mit in das neue Geschäftsjahr herübergenommen werden konnten. Auch in letzter Zeit wieder in größerem Umfang Aufträge eingegangen, so daß man guten Mut in die Zukunft haben könne. Als festes Mitglied wurde dem Aufsichtsrat neu hinzugefügt Dr. Direktor Dr. Wilhelm Sarfert von der Sachsenwerk Aktiengesellschaft, die bereits früher im Verwaltungsrat vertreten war.

Röhrenmaschinenbau (Röhmann) W. G. Dresden.

Das Röhmann Werk Radeberg hat die Aktien gestern an der Dresdener Börse zur Einführung bringen lassen. Obwohl sich das einfließende Bankhaus sichtlich bemühte, den Kurs nicht zu stark nach oben treiben zu lassen, stellte sich doch bereits der erste Kurs infolge der starken und allgemeinen Nachfrage auf 272 %.

dem nach 154.821 M. Abschreibungen an die Aktionäre 10 % verteilt werden sollen. Für die härtesten Biers, die mit Beginn des neuen Geschäftsjahres wieder gebraut werden, muß Auslandsmalz benutzt werden, das noch im vergangenen Preise befristet. Zuweisung von Gerste ist durch die Verteilungstelle noch nicht erfolgt. Die Schuld daran liegt an dem Stillstand der Ernte.

Sächsische Turbinenbau- und Maschinenfabrik Aktiengesellschaft vorm. A. Rehnert & Co. in Meißen.

Das abgelaufene Geschäftsjahr erbrachte dem Unternehmen, obwohl es seine Betriebsstätten nicht annähernd voll ausnützen konnte, einen Warenturnover von 1.106.541 M. (172.951 M.) und trotz Erhöhung der Lasten auf 860.142 M. (204.739 M.) einen nach 78.868 M. (51.268 M.) Abschreibungen und 85.897 M. (0) Rückstellungen 97.778 M. Reingewinn ausgewiesen werden, während sich im Vorjahre 47.259 M. Verlust ergeben hatten, die durch Entnahme aus den Rücklagen gedeckt wurden. Die in Dresden abgehaltene Aktionärsversammlung beschloß einstimmig 8 % auszuschütten und 20.537 M. vorzutragen. Der Vorsitzende wies darauf hin, daß auch in geldlicher Beziehung die Gesellschaft Fortschritte gemacht habe und über 120 % des Aktienkapitals als Bankguthaben mit in das neue Geschäftsjahr herübergenommen werden konnten. Auch in letzter Zeit wieder in größerem Umfang Aufträge eingegangen, so daß man guten Mut in die Zukunft haben könne. Als festes Mitglied wurde dem Aufsichtsrat neu hinzugefügt Dr. Direktor Dr. Wilhelm Sarfert von der Sachsenwerk Aktiengesellschaft, die bereits früher im Verwaltungsrat vertreten war.

Röhrenmaschinenbau (Röhmann) W. G. Dresden.

Das Röhmann Werk Radeberg hat die Aktien gestern an der Dresdener Börse zur Einführung bringen lassen. Obwohl sich das einfließende Bankhaus sichtlich bemühte, den Kurs nicht zu stark nach oben treiben zu lassen, stellte sich doch bereits der erste Kurs infolge der starken und allgemeinen Nachfrage auf 272 %.

Berlin, 5. Januar. Börsenstimmungsbild.

Bei recht lebhaften Umsätzen setzte sich heute zu Beginn der Börse die Aufwärtsbewegung der zu schwachen Kursen gehandelten Papiere zwar zum Teil noch fort, doch waren besonders am Kontantienmarkt auch bereits Abschwüchungen bis vereinzelt über 10 % festzustellen. Im Mittelpunkt des Interesses standen neben Drenstein & Koppel und Th. Goldschmidt heute Augsburg-Röhrenwerke, Bergmann, Deutsch-Niederische und Westfalen, die gegen den gestrigen Schluss wesentlich höher einsetzten. Für die anderen Papiere hielten sich die Kursrückstellungen meist im Rahmen von 10 % und etwas darüber. Auch in der ersten Börsenstunde aber wurde ausgehend vom Kontantienmarkt die Realisationsneigung der Spekulation allgemeiner. Die Börse machte bei nachgehenden Kursen und starken Schwankungen einen ziemlich netzen Eindruck. Die vorerwähnten Spezialpapiere blühten ein wesentliches Teil ihrer anfänglichen Gewinne ein. Schwankungen bis zu 50 % traten namentlich in den zuerst genannten Werten ein. Auch die Mehrzahl der anderen Papiere mußte sich Abstriche von den Anfangsgewinnen gefallen lassen. Eine ungewöhnlich feste Haltung aber zeigten Dirsch, Rannemann, Sachsenwerk, Bergmann und Westfalen sowie auch Deutsch-Australer und Argob; deren Kurs stellte sich um 20 bis 50 % höher als gestern. Valutapapiere waren wegen der Festigkeit der Devisenpreise wesentlich höher. Renten wenig verändert. In den zu Einheitskursen gehandelten Inhaberpapieren überwiegen infolge starker Kaufaufträge des Publikums die Besserungen.

Preis, 5. Januar. In der Textilindustrie sind die neuerlich eingeleiteten Tarifverhandlungen zum Abschluß gekommen.

Inzwischen der Arbeitsgemeinschaft des Verbandes sächsisch-thüringischer Webereien und der Konvention sächsisch-thüringischer Färbereien einerseits, sowie dem deutschen Textilarbeiterverbande und dem Sächsisch-thüringischen Gewerbetreibenden andererseits ist ein Abkommen dahin getroffen worden, daß in der Textilindustrie Wintererzeugnisse zum nächst bis zum 31. März 1921 gewährt werden. Damit beträgt jetzt der Stundenlohn für Facharbeiter über 20 Jahre 5,55 M., für Facharbeiterinnen 4,80 M.

Preis, 4. Januar. Der Rohisenverband hat im Interesse einer Erleichterung des Geschäftsverkehrs mit den Betrieben des Saargebietes, Frankreichs und Luxemburgs eine Zweigstelle in Saarbrücken errichtet.

Die Zweigstelle hat die zweite Geschäftsleiter des Verbandes, Bannert, übernommen, der seinen Wohnsitz von Eilen nach Saarbrücken verlegt wird. Die Zweigstelle des Rohisenverbandes ist von den deutschen Ferrumorganen und Ferronitrogen herstellenden Betrieben beauftragt worden, auch die Ferrumorganen- und Ferronitrogenbetriebe in den vorerwähnten Gebieten zu vermitteln.

Nützliche Berliner Kurse vom 5. Januar. 5 % Deutsche Reichsanleihe 77,50, 4 % Deutsche Reichsanleihe 66,30, 3 1/2 % Deutsche Reichsanleihe 59,70, 3 % Deutsche Reichsanleihe 66,50, 3 % Sächsische Rente 57,00, Hamburger Papiere 192,50, Hansa Dampfschiff 337,00, Norddeutscher Lloyd 193,00, Vereinigte Eisenbahn 408,50, Bank für Braundindustrie 156,00, Deutsche Bank 330,00, Diskonto Kommandit 253,25, Dresdner Bank 222,00, Leipziger Kreditanstalt 186,50, Deutsche Bierbrauerei 196,00, Badische Anilin 575,00, Bergmann Elektrizität 702,00, Bismarckhütte 689,00, Bodamer Hütten 551,00, Cartonnagen Lothar 510,75, Chem. Werke 470,00, Chemnitz, Zimmermann 274,75, Daimler Motoren 298,00, Deutsch-Luzern 380,00, Deutsche Erdöl 205,00, Deutsche Gaslicht 325,00, Deutsche Ton- u. Stein 362,00, Deutsche Waffen 562,00, Donnerstagsmühle 506,00, Dresdner Gärden 111,00, Eisenwerke Harpen 496,00, Eisenwerken Bergwerk 997,50, Th. Goldschmidt 998,00, Westlicher Maschinen 557,00, Hartmann Maschinen 420,00, Harpen, Bergwerk 557,00, Hiltewerte 420,00, Köppler Farben 470,00, A. Horsch & Co., Döschenther 470,00, J. A. John-Alten 305,00, Kahla Porzellan 635,00, Lauchhammer 615,00, Laurahütte 379,00, Ludwig Löwe & Co. 485,00, Ludau & Steffen 327,00, Masch. Koppel 530,00, Röhrenwerke Harpen 478,00, Oberkieser, Eisenbahn 335,50, Oberkieser, Eisenindustrie 309,00, Phönix Bergwerk 644,00, Plauen Eisen 309,00, Hermann Böge 388,00, Rheinische Metall 433,00, Rodtrich & Schneider 295,00, Rosenthal Porzellan 415,00, Sachsenwerk 415,00,

Sächs. Cartonnagen 391,00, Sächs. Gaslicht 415,00, Sächs. Kammgarn 415,00, Sächs. Metall 415,00, Schubert & Salzer 506,00, Sächs. Schulz 418,00, Sed Röhrenbau 595,00, Siemens Glas 595,00, Silberwerke 685,00, Westfalen 360,00, Wundertisch 379,00, Zellulosefabrik 324,00.

Berlin, 5. Januar. Devisenkurse.

Table with columns: Devisenkurse, Station, Emp. größt., Erleichterungen heute (ab 7 Uhr), Win., Max., Wetter.

Bäder, Reisen und Verkehr.

Das Ostseebad Joppo hat seine Saison über die Wintermonate ausgedehnt. Um den deutschen Besuchern Gelegenheit zu geben, auch im Winter den Dampf der Norddeutschen Lloyd abzuwehen, hat die Kurverwaltung des Joppoer Seebades, der früher abgenommen wurde, wieder herstellen lassen. Der Norddeutsche Lloyd wird daher, einstmals normale Witterungsverhältnisse vorausgesetzt, vom 15. d. M. ab in Joppo anlegen lassen.

Wetterbericht der Landeswetterwarte zu Dresden.

Table with columns: Station, Emp. größt., Erleichterungen heute (ab 7 Uhr), Win., Max., Wetter.

Übersicht der Sächsischen Bank zu Dresden am 31. Dezember 1920.

Table with columns: Aktiva, Passiva, Die Direktion.

Central-Theater-Diele (Passage Pragerstr.—Waisenhausstr.) Engelbert Mildes Künstler-Spiele

Otto Reutter and das große Januar-Programm. Tischbestellungen unter Nr. 13127 erbeten.

Sächsische Staatszeitung Einzelne Nummern 20 Pf.

Wasserkände der Elbe und Moldau. 5. Jan. - 16 + 6 + 85 + 52 + 48 + 84 - 64

Dresdner Börse 5. Januar 1921

Table of stock market prices for various companies and bonds, including Deutsche Reichsbank, Dresdner Bank, and various municipal bonds.

Table of stock market prices for various companies and bonds, including Dresdner Bank, Sächsische Staatsbank, and various municipal bonds.

Table of stock market prices for various companies and bonds, including Dresdner Bank, Sächsische Staatsbank, and various municipal bonds.

Table of stock market prices for various companies and bonds, including Dresdner Bank, Sächsische Staatsbank, and various municipal bonds.

Table of stock market prices for various companies and bonds, including Dresdner Bank, Sächsische Staatsbank, and various municipal bonds.

Die einzelnen Wertpapieren bezeichneten Ziffern bedeuten die Zinstermine, die nachfolgenden die Prozentsätze der letzten Dividenden.

Bekanntmachung

Das Militärverwaltungsgericht hat in der Sitzung vom 27. Dezember 1920 auf Grund von § 23 der Bestimmungen über die Militärverwaltungsgerichte...

Der Direktor des Militärverwaltungsgerichtes

Nährmittelverteilung. § 1. a) Ausweis 531 der gelben Lebensmittelkarte A ein halbes Pfund Stroh zu 95 Pf.

§ 2. Anmeldung beim Kleinhandl. 6. oder 7. Januar 1921. Weitergabe an die Weltbevölkerung. § 3. Als Weltbevölkerung sind eingedient: 1. Für Ausweis 531 der gelben und blauen Lebensmittelkarten A und B...

§ 4. Abgabe an die Verbraucher: 14. Januar 1921. Dresden, 5. Jan. 1921. Der Rat zu Dresden.

Belieferung der Binnenfahrer mit ausländischem Weizenmehl

Für das Gebiet der Stadt Dresden wird in Abänderung der Bekanntmachung vom 20. November 1920 folgendes bestimmt: § 1. Mit Einführung der violetten Binnenfahrer-Lebensmittelkarte, die auf 6 Wochen gilt, scheidet das Mittelstück dieser Lebensmittelkarte als Ausweis für die Belieferung mit ausländischem Weizenmehl aus...

Stadtkassenkontrollen

gefuht. Besoldung nach Gruppe V, nach vollendetem 28. Lebensjahre Gruppe VI der Besoldungs-Ordnung. Bewerber müssen 25 Jahre alt und in der Stadtkassenbuchhaltung bewandert sein...

Die Sparkassen-Verwaltung

Die angeblich verlorene Sparkassenbücher Nr. 9932 und 12857 der hiesigen Sparkasse werden hiermit für ungültig erklärt.

Sächsische Staatsbank

Dem Finanzministerium unterstehende Staatsanstalt unter Gewähr des Sächsischen Staates.

Wir nehmen am 3. Januar 1921 unsere Tätigkeit in Zwickau, Hauptmarkt 4, I Fernsprecher 2034 auf und empfehlen unsere Dienste zur Erledigung aller bankmässigen Geschäfte. Insbesondere pflegen wir den Konto-Korrent-, Scheck- und Giroverkehr, nehmen Sparanlagen auf Rechnungsbücher zur Verzinsung an, kaufen Wechsel u. Schecks auf in- u. ausländische Plätze (Devisen) und übernehmen solche zum Einzug, vermitteln den An- und Verkauf von Wertpapieren an allen Börsenplätzen...

Sächsische Bank zu Dresden

Annahmestelle von Mündelgeldern im Falle des § 1208 des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Die Sächsische Bank zu Dresden und deren Filialen in Annaberg i. Erzgeb., Chemnitz, Leipzig, Meerane, Plauen i. S., Reichenbach i. S., Zittau und Zwickau Sa. übernehmen dazwischen bei Verzinsung auf Kontoblätter und gewähren von heute ab bis auf weiteres ohne jede Spesenberechnung bei täglicher Verfügung 2% - einmonatiger Kündigung 2 1/2% - dreimonatiger Kündigung 3% - sechsmonatiger Kündigung 3 1/2% Zinsen. Die sonstigen Bestimmungen sind an deren Kassen gedruckt erhältlich. Notwendige Zinsätze treten für alle bisherigen Einlagen, mit Ausnahme der bereits gefälligten, von heute ab in Kraft, Dresden, 31. Dezember 1920. Sächsische Bank zu Dresden. Die Direktion. 8848

Tageskalender

Freitag, 7. Januar. Staatsoper. Opernhaus. IV. Sinfonie-Konzert, Reihe A. Leitung: Franz v. Hoellin. Solistische Mitwirkung: Elsa Pancera. 1. Groß, W.: a) Serenade. Wert 5. (Uraufführung). b) Tanz. Wert 7. (Uraufführung). 2. Liszt, Fr.: Erstes Konzert für Klavier, Esdur, mit Orchester.

Residenztheater

Raum 3 Uhr: Die Reise ins Märchenland. Weichenschmiedchen in 6 Bildern u. einer Prologe von Carl Witt. Musik von R. Dellinger. Ende gegen 7 1/2 Uhr. - Abends 7 Uhr: Baccaracis. Komische Operette in 3 Akten von F. Zell und Richard Gemde. Musik von Fr. v. Suppé. Ende gegen 10 1/2 Uhr. - Sonnabend: Dieselben Vorstellungen.

Centraltheater

Die blaue Rajah. Operette in 3 Akten von Leo Stein und Bela Jenbach. Musik von Franz Lehár. Anfang 7 Uhr. Ende gegen 10 Uhr. - Sonnabend: Dieselbe Vorstellung.

Victortheater

Täglich Komiker Paul Beders und Varietés-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 4 und 1/2 Uhr. - U.-T.-Lichtspiele. Anna Doleva, Histor. Drama in 6 Akten von Hans Debing und G. Kröll. F. d. S.: Henry Forten. Olympia-Theater. Ein grosser Mannes Lieber. Monumentalfilm nach dem gleichnamigen Roman von Franz Rosen. F. d. S.: Lotte Reumann. Familien-Lichtspiele. 'Lustige Leute' in 4 Akten mit Henry Posten. - 'Die Jagd nach dem Loh', II. Teil: 'Die verbotene Stadt'.

Berkehr mit Hausbrandkohle in Dresden

Auf Grund von § 28 der Bekanntmachung des Reichskohlenkommissars vom 30. Dezember 1920 über die Brennstoffversorgung der Haushaltungen, der Landwirtschaft und des Kleinvertriebes, abgedruckt in Nr. 298 des 'Deutschen Reichsanzeigers' und des 'Preussischen Staatsanzeigers', wird folgendes bestimmt: Soweit in noch in Kraft befindlichen Bekanntmachungen des Dresdner Kohlenamtes Bezug genommen wird auf Bestimmungen der Bekanntmachung des Reichskohlenkommissars vom 30. März 1918 über die Brennstoffversorgung der Haushaltungen, der Landwirtschaft und des Kleinvertriebes sowie der Nachtragsbekanntmachungen zu dieser Bekanntmachung, treten mit Wirkung vom 1. Januar 1921 an die Stelle dieser Bestimmungen die inhaltlich entsprechenden Paragraphen der neuen Bekanntmachung des Reichskohlenkommissars vom 30. Dezember 1920. Dresden, 5. Jan. 1921. Der Rat zu Dresden.

Natsaffektors

Bei uns sofort wieder zu besetzen. Bewerber, die das Affektorenamt bestritten haben, wollen sich mit Lebenslauf und Zeugnissen bis zum 20. Januar 1921 melden. Gehalt nach Gruppe IX des Besoldungsgesetzes. 8841. Burgkardt, 5. Jan. 1921. Der Rat der Stadt.

Ein ständiger Lehrer

wird für Volksschule Borsdorf gesucht. Meldungen werden bis 22. d. M. erbeten. 8844. Borsdorf, 5. Jan. 1921. Der Gemeinderat.

Steuerkassierer

für die hiesige Steuerkasse zum sofortigen Eintritt gesucht. Besoldung nach Gruppe VI der staatlich. Besoldungsordnung. Tätigkeits, mit der neuen Steuergegebung vertraute Bewerber, aber nur solche, wollen ihre Gesuche mit den dazu gehörigen Unterlagen sofort und spätestens bis 12. Januar 1921 hier einreichen. Die Gemeinde ist Mitglied des Landespenionsverbandes. 8845. Rodwih, am 5. Januar 1921. Der Gemeinderat.

Familiennachrichten

Verlobt: Hr. Student Dr. Hil. Holm Sächlich an der Petrichule in Leipzig mit Frä. Elisabeth Hartung in Dresden; Hr. Oberingenieur Ernst Liebt in Dresden mit Frau Margarete Edert geb. Schwanhauer in Reichenbach; Hr. Justizrat Dr. Walter Würlig mit Frau Anna verw. Köbig geb. Würlig in Plauen; Hr. Walter Reiffen in Dresden mit Frä. Helene Scholz in Jittau; Hr. Walter Rau in Jagen i. B. mit Frä. Hanna Richter in Dresden; Hr. Alois Trud mit Frä. Selma Schneider in Dresden; Hr. Felix Heßfeld in Dresden-Reuß. mit Frä. Ida Raab in Langensölden i. S.; Hr. Friz Chludras mit Frä. Hanna Hölme in Leipzig; Hr. Adolf Strawie in Dresden mit Frä. Alexandra v. der Deden-Rittershausen in Charlottenburg; Hr. cand. rer. pol. Alexander Forster, Landwirtschaftslehrer in Chemnitz mit Frä. Erta Weiser in Leipzig; Hr. Adolf Krauß in Leipzig mit Frä. Gertrud Greß in Rathen (Sächs. Schweiz). - Vermählt: Hr. Stadtbaumeister Friz Röde mit Frä. Martha Blagin Leppig. - Gestorben: Hr. Postmeister Edwin Schmidt (43 J.) in Dresden; Hr. Kaufmann Edwin Stenner (37 J.) in Dresden; Frau Marie verw. Schütz geb. Frind (70 J.) in Dresden; Frä. Clara Strauß in Dresden-K.; Hr. Ratskellner I. R. Gustav Adolf Quast in Leipzig; Frau Auguste verw. Berger geb. Wills (61 J.) in Loschwitz.